

ARGUMENTE

1/2010

Veränderung
durch Bewegung

ARGUMENTE

1/2010

Links 2010

Impressum

Herausgeber Bundesverband der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD beim SPD-Parteivorstand

Verantwortlich Franziska Drohsel und Jan Böning

Redaktion Simone Burger, Ralf Höschele und Robert Spönemann

Redaktionsanschrift SPD-Parteivorstand, Juso-Bundesbüro, Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin

Tel: 030 25991-366, Fax: 030 25991-415, www.jusos.de

Verlag Eigenverlag

Druck Druckhaus Dresden GmbH

Die Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

INHALT

Intro	4
Von Simone Burger, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende	

Magazin

Buchbesprechung: Akademische Freiheit im Wettbewerb? Wie die Intention von Instrumenten die geplante Wirkung offenlegt.....	5
Von Erkan Ertan, Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen	

Buchbesprechung: fußball peripher	8
Von Thilo Scholle, Lünen, Mitglied im Juso-Bundesvorstand	

Kommentar: Europa neu denken – Supranational und bunt.....	11
Von Ruven Zeuschner, Jusos Schwalm-Eder in Hessen-Nord	

Buchbesprechung: Zur Geschichte des Sozialismus in Frankreich und der Arbeiterbewegung in den USA	13
Von Thilo Scholle, Mitglied im Juso-Bundesvorstand	

Schwerpunkt

Jugend heute – Lebenslagen und Herausforderungen	17
Von Wolfgang Gaiser und Martina Gille, DJI München	
Zwischen Last und Lust – Jugend 2010	27
Von Markus Etscheid-Stams, BDKJ	
Migration und Ehrenamt – Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Jugendverbandsarbeit	31
Von Maria Klimovskikh, JunOst e.V. und djo und Thomas Hoffmann, djo	
Freiwilligendienst im Ausland – Möglichkeiten und Politische Bedeutung	36
Von Thilo Nonne, Weltweite Initiative für soziales Engagement	
Warum studieren wir eigentlich?	40
Von Julian Zado, Juso-Kreisvorsitzender in Berlin-Mitte	
Erinnerungskultur und Jugend – eine Bestandsaufnahme	43
Mandy Baumann und Michael Janowitz, SJD – Die Falken	
Fossil-atomare Energie raubt jungen Menschen ihre Zukunft – Über den Einfluss von Eon, Vattenfall und Co auf die Gesundheit, Lebensrealität und Zukunft junger Menschen	49
Von Kai Niebert, Vorsitzender der Naturfreundejugend Deutschlands	
Jugendwerk der AWO: Gemeinsam für das gute und schöne Leben!	55
Von Katrin Riedel, Bundesjugendwerk der AWO	
Gemeinsam mehr – Veränderung durch Bewegung	58
Von Jürgen Schutte, attac Berlin	

INTRO

Von Simone Burger, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende

Vom 19. bis 21. März 2010 fand in Berlin-Neukölln der Kongress „Links 2010. Veränderung durch Bewegung“ statt. Mit diesem Argumente-Heft wollen wir die Diskussionen, Themen und Denkanstöße auf diesem Kongress dokumentieren.

Ausgangspunkt für den Kongress waren die Stimmenverluste bei der Bundestagswahl, welche die SPD insbesondere bei den jungen Wählerinnen und Wählern zu verzeichnen hatte. Wir wollten gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen über die Träume und Probleme von jungen Menschen und mögliche Lösungsansätze diskutieren. Denn nur wenn ihre Themen von der Politik aufgegriffen und Antworten darauf angeboten werden, dann werden junge Menschen das Vertrauen in die Politik zurück gewinnen.

Deshalb haben wir im März mit: der Bundesvorsitzenden des BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Michael Hartmann (Eliteforscher), der IG BAU, Vertretern der Praktikums-Initiative, der SJÖ, mit Streetworkern, der DJO (Deutsche Jugend in Europa), der Evangelischen

Jugend, Vertretern des Bildungsstreiks, LandesschülerInnenvertreter, Fanprojekten gegen Rechts, Hip Hopern, den Falken, den UN-Jugendvertretern, den Alphamädchen, dem Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, der Naturfreundejugend, der IG BCE Jugend, attac, Vertretern der Anti-Atom Bewegung,...und noch vielen mehr diskutiert.

Jugend ist nicht gleich Jugend. Eine „junge Generation“, wie sie gerne von den Medien konstruiert wird, gibt es nicht. Wir Jusos sehen drei große Baustellen:

- 1) Leistungsdruck: man soll immer noch besser, noch schneller und noch flexibler sein, nichts scheint gut genug zu sein.
- 2) Unsicherheit: immer mehr Sicherheiten wie eine unbefristete Beschäftigung fallen weg, Unsicherheit wird zum Lebensgefühl.
- 3) Ausgeschlossenheit: ein wachsender Teil junger Menschen sieht für sich keine Perspektive und hat die Hoffnung auf ein besseres Leben aufgegeben.

Diese Themen wollen wir auf dem Juso Bundeskongressweiter diskutieren. Wir hoffen, dass der ein oder andere Artikel euch Material für die Diskussion bietet. ●

BUCHBESPRECHUNG: AKADEMISCHE FREIHEIT IM WETTBEWERB? WIE DIE INTENTION VON INSTRUMENTEN DIE GEPLANTE WIRKUNG OFFENLEGT

Von **Erkan Ertan**, Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen

Magazin

Spätestens seit Beginn des Bologna-Prozess sind Hochschulen immer stärker den Kräften des Reformdrucks, des Marktes und des Wettbewerbs ausgesetzt. Zahlreiche Titel sind zu diesem Wandel in der – nicht nur deutschen – Hochschullandschaft bereits erschienen. Das Buch „Hochschulen im Wettbewerb“ eröffnet aber eine studentische Sichtweise auf die Entwicklungen in Lehre und Forschung, die angesichts massenhafter Protestbewegungen der vergangenen Monate nicht ausreichend betrachtet wurden.

Anja Neunhofer, Julian Zado und Joela Zeller betrachten als HerausgeberInnen mit insgesamt 18 AutorInnen die Umsetzung des Bologna-Prozesses, der Exzellenzinitia-

tive und die Auswirkungen des Wettbewerbs aus der Innenperspektive und analysieren mit unterschiedlichsten Erfahrungen die bisherigen Reformen als Betroffene.

In dem Buch wird dargestellt, dass der Bologna-Prozess Veränderungen an deutschen Hochschulen angestoßen hat, dessen Umfang und Intensität einzigartig sind. Das europaweite Reformprojekt zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums habe nicht nur die Angleichung unter den einzelnen Mitgliedsstaaten zum Ziel. Mit den Erklärungen von Bologna und Lissabon würden Prozesse angestoßen, die den Wettbewerbsgedanken tief im Hochschulwesen verwurzeln und das Dagewesene in Frage stellen.

Der Verwertbarkeitsgedanke breite sich dabei seit der Jahrtausendwende auf jeden

Bereich der Hochschule aus: Von neuen Managementstrukturen der Rektorate mit starken PräsidentInnen und Hochschulräten hin zur Exzellenzinitiative, die eine Elitebildung innerhalb des deutschen Hochschulraums nach Vorbild von Harvard etablieren sollte. Leistung, Wettbewerb und Verwertbarkeit gewinnen in der akademischen Landschaft deutlich an Wert hinzu.

Die Studienstrukturreform (Bachelor/Master) gehe in die gleiche Richtung. Es sei bei der Umsetzung der Reformen zu wenig Wert darauf gelegt worden, die Studieninhalte zu reformieren oder die soziale Dimension eines Studiums zu berücksichtigen. Die Fragen der Verkürzung der Studiendauer, der wirtschaftlichen Verwertbarkeit der neu geschaffenen Abschlüsse und die Erhöhung der Selektionsquote ständen im Vordergrund. Der dadurch entstandene Wettbewerb unter den Studierenden führe zu Egozentrierung, Konkurrenzdruck und weiterer Benachteiligung von bereits Benachteiligten. Der Begriff der Chancengleichheit habe sich somit aus dem Hochschulwesen verabschiedet.

Christian Haberecht analysiert in seinem Text das Verhältnis von Wettbewerb und Demokratie. Die Frage der Autonomie von Hochschulen spielt dabei eine zentrale Rolle. Während staatliche Kontrolle und Detailsteuerung von allen ideologischen Grundströmungen in der Vergangenheit kritisch diskutiert wurden – dass die politische Steuerung staatlicher Organe zumeist auch dilettantische und unsachgemäße Fehlentscheidungen fabriziert hat, ist hinreichend bekannt – ist die tatsächliche Bedeutung und Auswirkung dieses Begriffes noch immer vielen vorenthalten. Haberecht geht hier in die richtige Richtung, den Begriff in seine verschiedenen ideologischen Interpretationen aufzu-

teilen und so die eigentliche Intention von den autonomie-fördernden Akteuren offen zu legen. Autonomie sollte schließlich das Ziel jeder freiheitlichen und akademischen Landschaft sein, die so kreative und selbstbestimmte Forschung und Lehre erst ermöglicht. Im Zusammenhang mit Wettbewerb darf aber Autonomie nicht einzig den marktwirtschaftlichen Verwertungsinteressen untergeordnet sein, wenn man nach Haberecht die akademische Freiheit erhalten möchte.

Während sich an der Frage der Exzellenzinitiative in der politischen Auseinandersetzung stets die Geister scheiden, gehen Anja Neundorf wie auch Andreas Schmidt den undogmatischen Weg und überprüfen vorurteilsfrei die Vor- und Nachteile sowie die Ursachen dieser Entwicklung. Die Schwächen des Forschungsstandorts Deutschland werden dabei gnadenlos offengelegt, aber auch bestehende Vorurteile gerade mit Verweis auf private Forschungseinrichtungen wie beispielsweise die Max-Planck-Gesellschaft oder Fraunhofer Institute widerlegt.

Es bleibt fraglich, ob die These von Neundorf wie Schmidt, die Exzellenzinitiative habe den Forschungsstandort Deutschland belebt und Forschung und Lehre sowie Nachwuchsforschende zu einer neuen Qualität verholfen, gerechtfertigt ist. Wie Neundorf richtig abschließt, haben die Universitäten durch die Exzellenzinitiative beim hoch geachteten „Shanghai-Ranking“ keine Plätze gut machen können. Die LMU München hat trotz Exzellenz-Status in den letzten fünf Jahren sogar sieben Plätze verloren.

Die AutorInnen decken ebenfalls auf, dass das Allgemeinwohl und die Interessen der Studierenden bei dieser Bologna-Reform nicht immer das Ausschlaggebende

gewesen zu sein scheint. Julian Zado macht deutlich, dass die Intention eines Instruments viel über seine geplante Wirkung verrät und beispielsweise Selektion und Auswahl bei den Reformen nicht Zufallsprodukt war, sondern politischem Willen entsprungen ist. Gerade die Frage nach dem Übergang vom Bachelor zum Master sowie Leistungsdruck und Studierbarkeit deckt Zado als zentrale Frage für den Wert des Bachelor auf. Zu wenig wird in der öffentlichen Debatte die freie Entfaltung von Studierenden im Rahmen einer Hochschulreform mitdiskutiert. Zado schafft es in seiner Argumentation für einen berechtigten Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz sowohl konservative wie progressive Argumente zu vereinen und so einen Weg aufzuführen, wie eine Aufwertung des Bachelor mit gleichzeitiger Entscheidungsfreiheit aller Studierender möglich sein kann.

„Hochschulen im Wettbewerb“ umfasst in sämtlichen Kapiteln einen wissenschaftlichen fundierten Überblick wie auch konkrete inhaltliche Schlussfolgerungen und Forderungen. An Kritik wird dabei ebenso wenig gespart, wie an Analysefähigkeit und Selbstreflexion. Der Sammelband erlaubt unterschiedlichsten inhaltlichen Positionen die Berechtigung, ohne den roten Faden eines progressiven Hochschulsystems aus den Augen zu verlieren. ●

Literatur:

.....
Anja Neuendorf, Julian Zado, Joela Zeller (Hrsg.):
Hochschulen im Wettbewerb – Innenansichten über
die Herausforderungen des deutschen Hochschul-
systems, Bonn, Verlag Dietz 2009.

BUCHBESPRECHUNG: FUSSBALL PERIPHER

Von Thilo Scholle, Lünen, Mitglied im Juso-Bundesvorstand

Magazin

Die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika im Juni 2010 wirft ihre Schatten voraus. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik steht dabei vor allem die Fragen nach der Zusammenstellung des deutschen WM-Kaders und nach der Form der einzelnen Spieler. Immer wieder in den Fokus der Medien rückt darüber hinaus die allgemeine Sicherheitslage in Südafrika, und der bisher nur schleppende Gang des Kartenvorverkaufs.

Das Phänomen Fußball ist in den letzten Jahren des Öfteren auch in den Fokus politischer und soziologischer Debatten genommen worden.¹ Auch die diesjährige Weltmeisterschaft bietet die Gelegenheit, neben dem Spaß am Fußball auch gesellschaftliche Hintergründe des Sports einmal in den Blick zu nehmen.

Einen interessanten Beitrag dazu leistet die Themenausgabe „fußball peripher“ der Zeitschrift „Peripherie“. Die Zeitschrift beschäftigt sich seit mehr als 30 Jahren aus links-kritischer Perspektive mit der Situation in der „Dritten Welt“. Im Editorial erläutern die Mitglieder der Redaktion, dass es ihrer Ansicht nach drei „große Erzäh-

lungen“ sind, in die die Wettkämpfe bei internationalen Fußballereignissen eingebunden werden würden: die Erzählung von der Nation, die Erzählung von der Maskulinität, und die Erzählung vom sozialen Aufstieg. Im Heft sind insgesamt sieben Beiträge zum Schwerpunkt versammelt, die sich dieser Leitfragen annehmen.

Gerhard Hödl nimmt „Afrika in der globalen Fußballökonomie“ in den Blick. Mittlerweile spielt ein Großteil der afrikanischen Spitzenfußballer in europäischen Ligen. Prägnant zeichnet Hödl dabei nach, dass der Weg aus der Armut in Afrika in den Wohlstand eines Profifußballers in Europa längst nicht bei allen Fußballern gelingt. Die „Wertschöpfungskette afrikanischer Spieler“ lasse zudem den meisten Profit bei europäischen Vereinen landen, während die Ausbildungsvereine im afrikanischen Herkunftsland beim Vereinswechsel nach Europa kaum Geld sehen würden. Hinzu kommt, dass nur ein Bruchteil der Spieler tatsächlich in europäischen Top-Ligen wie denen in England oder Spanien landen würde, sondern sich viele auch in Ländern der europäischen Peripherie mehr schlecht als Recht durchschlagen. So lag nach Hödl der Anteil afrikanischer Spieler an allen ausländischen Spielern z.B. in Rumänien im Jahr 2004

1 Siehe z. B. Argumente Heft 1/ 2006, „Fußball“.

bei über 50 %, und damit deutlich über den Schnitt in England. Weiterhin wird im Artikel auch die Situation der afrikanischen Fußballligen angesprochen. Neben dem Problem meist fehlender finanzkräftiger Sponsoren spricht Hödl hier ein weiteres interessantes Phänomen an: Die Globalisierung einiger großer Teams aus Europa, die mittlerweile auch in Afrika eine millionenstarke Fan-Basis haben. Dies führe zu den makabren Situationen, dass sich der Frust über die Spielresultate aus dem UEFA-Cup beispielsweise zu handfesten Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Fangruppen in afrikanischen Ländern münde. Ein Sinnbild für ein idealisiertes „Global Village“ wird für den Autor aus dieser Entwicklung damit trotzdem nicht: Vielmehr handele es sich hier um die Verbreitung einzelner Insignien der westlichen Konsumkultur, die für die meisten Menschen doch unerreichbar bleibe. Zudem sei dieses Verhältnis sehr einseitig, da dem kein entsprechendes Interesse in Europa am afrikanischen Fußball gegenüber stehe.

Carlos Sandoval-Garcia widmet sich in seinem Artikel der „nationalen Identität“ und den „Formen von Maskulinität“ in Costa Rica. Dabei geht es vor allem darum zu zeigen, wie zum einen bei Spielen gegen bestimmte Gegner die Beschimpfungen dieser Mannschaften rassistisch aufgeladen werden, und andererseits wie über Sieg und Niederlage mit stark sexualisierten Konnotationen gesprochen werde („wir haben sie gefickt“ nach einem Sieg, bzw. „wir sind gefickt worden“ nach einer Niederlage). Der Beitrag zeichnet diese beiden Analysestränge sehr gut am Beispiel vor allem der Duelle mit dem Nachbarland Honduras nach. Außerdem geht der Autor auf die Berichterstattung über die jeweiligen Spiele Costa-Ricas bei den Weltmeisterschaften

2002 und 2006 ein, und wie dort vor allem in der Radioberichterstattung ein kollektives „Wir“ erzeugt worden ist. Der Artikel bietet gute Beispiele dafür, wie mit Hilfe von Sprache und der rhetorischen Aufladung der Berichterstattung rassistische Zuschreibungen und kollektive Gefühle und Wahrnehmungen erzeugt werden können.

Bezug auf die Bundesrepublik nehmen Wilfried Schwetz, Donna McGuire und Crispin Chinguno in ihrem Artikel „Warum sich Gewerkschaften um Mega-Sportevents kümmern sollten“. Dabei wollen die AutorInnen nachzeichnen, in wie weit sich Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Durchführung großer Sportereignisse zur Unterstützung der jeweils dort Arbeitenden eingebracht haben. Dabei blickt der Artikel in zwei Richtungen: Zum einen auf die Frage nach der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen beispielsweise beim Bau der Spielstätten für den Sportevent, zum anderen auf die Frage, in wie weit die Popularität des Sports auch für allgemeine gewerkschaftliche Anliegen – gute Arbeit, gute Löhne, etc. – in dem jeweiligen Land genutzt werden konnte.

Die AutorInnen machen hier am Beispiel der WM 2006 in Deutschland sowie der WM 2010 in Südafrika große Unterschiede zwischen der Herangehensweise deutscher und südafrikanischer Gewerkschaften, aber auch zwischen den unterschiedlichen Gewerkschaften der jeweiligen Länder aus. Während 2006 in Deutschland beispielsweise Verdi die Gelegenheit genutzt habe, auch allgemeine Kampagnen zur Arbeitssituation in anderen Ländern zu machen, hätten sich andere Gewerkschaften auf die Vertretung der unmittelbar am Ablauf des Sportevents beteiligten ArbeiterInnen beschränkt. Auch

habe der südafrikanische Gewerkschaftsdachverband beispielsweise anders als die deutschen KollegInnen einen Sitz im Organisationskommittee für die WM 2010 angestrebt und auch erhalten. Das Ergebnis für die ArbeiterInnen sei dennoch eher mager gewesen, da auch in Südafrika die Arbeitsbedingungen nur wenig thematisiert worden seien, und zudem eine systematische Organisation der vor allem im informellen Sektor tätigen Arbeiter kaum gelungen sei.

Insgesamt plädieren die AutorInnen daher dafür, Sportevents als Möglichkeit der eigenen strategischen Fortentwicklung von Gewerkschaften zu nutzen, um über die unmittelbar am Event beteiligten hinaus die Öffentlichkeit solcher Events auch für die Propagierung allgemeiner gewerkschaftlicher Anliegen zu nutzen.

Eine andere Weltregion nimmt Christina Peters in ihrem Beitrag in den Fokus: Sie beschreibt die Popularisierung des Fußballs in Brasilien. Entgegen vielleicht des ersten Eindrucks entstand Fußball in Brasilien als ein „gentlemen sport“ der Oberschicht. Gespielt wurde bei den Anfängen im 19. Jahrhundert nach den Regeln der englischen Football Association, am „englischen Stil“ des Fußballs – diszipliniert und ohne große Spielfreude – orientierte sich dementsprechend auch die Art des Fußballspiels. Der Fußball sei zudem nach sozialen Schichten und auch rassistisch separiert gewesen. Dies habe sich erst mit der vor allem durch die Presseberichterstattung am dem 20. Jahrhundert einsetzenden Popularisierung des Sports geändert.

Robert Meyer, Janosch Prinz und Conrad Schetter versuchen in ihrem Artikel den „spatial turn“ in den Sozialwissenschaften – also auf den verstärkten Fokus auf die Bedeutung, aber auch die Konstru-

ierung von „Raum“ – zu lenken. In den Blick genommen wird dabei sowohl, wie der Raum des Fußballfeldes organisiert wird, wie auch, welche Räume im Fußballsport insgesamt bestehen würden. So werde zu einem Diskurs über den „deutschen Fußball“ in Abgrenzung zu anderen Räumen konstruiert. Zugleich existierten mehrere Fußballräume gleichzeitig, über die jeweiligen überregionalen Zusammenschlüsse würden zudem „Fußballkontinente“ konstruiert, die mit den jeweiligen politischen Zuordnungen nicht mehr entsprechen.

Wolfgang Hein und Reinhard Kößler legen in ihrem Beitrag eine kurze Worterklärung des Begriffs „peripher“ vor. Rita Schäfer gibt in ihrem abschließenden Artikel einen Überblick über die Diskussion in Südafrika über die Legalisierung von Prostitution zur Weltmeisterschaft, vor allem aber über die Geschichte und Bedeutung der Prostitution in Südafrika seit den Tagen des Apartheid-Regimes. Abschließend finden sich eine ganze Reihe sehr instruktiver Rezensionen zu Büchern zum Themenfeld des Heftschwerpunktes.

Insgesamt bietet das Heft sehr lesenswerte Beiträge, die jeweils kurze Einblicke in die verschiedenen Facetten einer gesellschaftstheoretischen Betrachtung des Fußballs bieten. Es zeigt sich, dass sich über Fußball und seine gesellschaftliche Bedeutung schreiben und diskutieren lässt, ohne den Spaß am Sport selbst aufgeben zu müssen. ●

fußball peripher

.....
Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie
in der Dritten Welt
Heft 117, März 2010
156 Seiten, 10,50 Euro

KOMMENTAR: EUROPA NEU DENKEN – SUPRA- NATIONAL UND BUNT

Von Ruven Zeuschner, Jusos Schwalm-Eder in Hessen-Nord

Magazin

„Wer waren unsere Ahnen?
Kaschubische Germanen.
Die zeugten zur Erfrischung
uns Promenadenmischung.“
(Kurt Tucholsky, „Olle Germanen“)

Der Prozess der europäischen Integration schreitet immer weiter voran und es stellt sich nicht mehr die Frage des „ob“, sondern des „wie“ dieses Prozesses. Noch für den Vorkämpfer der europäischen Idee in der sozialdemokratischen Bewegung, Carlo Schmid, war es vordringlich in Europa Frieden und Stabilität aufzubauen. Als Garant hierfür betrachtete er die Institutionalisierung einer seit Jahrhunderten existierenden europäischen Idee.

60 Jahre danach ist für uns die Reisefreiheit eine pure Selbstverständlichkeit und die einheitliche europäische Währung Bestandteil unseres täglichen Lebens – gut so!

Es gilt nun in der Phase der europäischen Integration den nächsten Schritt zu gehen. Heftig umstritten ist zurzeit wie

dieser aussehen soll und was am Ende für ein Europa existiert. Auf der einen Seite wird von den Intergouvernementalisten ein Europa der Regierungen propagiert, ähnlich dem heutigen Staatenverbund EU, also eine Zusammenarbeit der Einzelregierungen. Dem müssen wir Jusos als internationalistischer Richtungsverband unsere Idee eines Europas der Menschen entgegenstellen. Unsere Vision muss die eines supranationalistischen Europas der Regionen sein. Konkret heißt das, dass wir langfristig das Aufgehen der Nationalstaaten in einem gemeinsamen „Bundesstaat Europa“ erreichen müssen. Konfliktpotential in den überkommenen Nationalstaaten gibt es zu Hauf; man denke nur an die Konflikte zwischen Flamen und Wallonen die Belgien zu sprengen drohen oder den Dauerstreit zwischen Basken und Spaniern. Hier müssen wir es den Völkern ermöglichen losgelöst von der bisherigen Struktur zusammenzuleben. So sollten z.B. die Flamen, wenn sie es wollen, nicht über die Niederlande, Bel-

gien und Teile Deutschlands verstreut sein, sondern eine eigene Region innerhalb eines einheitlichen Bundesstaats Europa bilden können. Wir benötigen eine Umverteilung der Machtverhältnisse, so müssen die Nationalstaaten ihre Befugnisse zum Teil an diese neu geschaffenen Regionen und zum Teil an den europäischen Gesamtstaat delegieren. Diese grundlegende Umgestaltung des Verwaltungszuschnitts muss mit der institutionellen Anpassung an der Spitze einhergehen. So ist es als Jusos unsere politische Aufgabe mittelfristig dafür zu sorgen, dass es in Europa endlich zu einer vernünftigen und klaren Trennung von Legislative und Exekutive kommt. Nur ein starkes europäisches Parlament ausgestattet mit Vollmachten wie die der bestehenden nationalen Parlamente, in das die Regionen ihre Abgeordneten entsenden und mit einer Regierung an der Spitze die ausschließlich vom Parlament bestimmt wird, kann diesem Anspruch genügen. Mit dem Vertrag von Lissabon, der nun endlich ratifiziert ist, ist für unsere Idee von Europa ein guter Grundstein gelegt worden – mehr auch nicht. Aber dieser quälende jahrelange Prozess im Ringen um die Europäische Verfassung aus dem Jahre 2004 und die vorgelagerte Arbeit des europäischen Konventes zeigen wie dringend wir zu Veränderungen kommen müssen. Das „landen als Bettvorleger“ darf nicht dauerhafter Bestandteil unseres Europabildes werden.

Natürlich ist es richtig, dass es einer Verfassung, einer rechtlichen Legitimierung, bedarf. Allein der Weg und die Mittel waren falsch. Dass die Regierungschefs in einem top down Verfahren diese Verfassung verordnen wollten hat zu ihrem Scheitern geführt, nicht dass sie inhaltlich so schlecht gewesen wäre. Die diffusen Ängste in der Bevölkerung vor einem ge-

meinsamen Europa haben sich zwar in den Volksabstimmungen in den Ländern gezeigt. Diese Abstimmungsniederlagen sind zum großen Teil den nationalen Egoismen der jeweiligen Regierungen geschuldet. Seit Jahren ist es unter Spitzenpolitikern üblich Europa für alle Probleme verantwortlich zu machen. So entstand das Bild des „Brüsseler Molochs“. Diese über Jahrzehnte vermittelte Mär spiegelt sich in den Volksabstimmungen und sie dient einzig dem Erhalt und der Begründung der eigenen kleinstaatlichen „Fürstentümer“. Diesen pawlowschen Reflex der Bevölkerung gilt es zu durchbrechen durch ein Aufzeigen der Vielfältigkeit und der Möglichkeiten Europas. Für uns als junge Generation ist es die Aufgabe unsere supranationalistische Idee von Europa mit allen Mitteln voranzutreiben, denn es sind wir diejenigen die in 30-40 Jahren in diesem System leben werden – nicht die heutigen Regierungschefs. Deshalb haben wir das Recht und die Pflicht unsere Forderung klar zu formulieren: Ein gemeinsames Europa der Regionen, losgelöst von den bisherigen Nationalstaaten –Demokratisch Emanzipiert Lebenswert. ●

BUCHBESPRECHUNG: ZUR GESCHICHTE DES SOZIALISMUS IN FRANK- REICH UND DER ARBEITER- BEWEGUNG IN DEN USA

Von **Thilo Scholle**, Mitglied im Juso-Bundesvorstand

Magazin

Dass die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung spannend sein kann, zeigen einmal mehr die beiden hier vorzustellenden Bücher zur Geschichte des Sozialismus in Frankreich durch den in Paris lehrenden Historiker Pierre Bezbakh und zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA durch den am Nassau Community College lehrende Historiker Philip Yale Nicholson.

Dabei teilen beide Bücher einen wichtigen Blickwinkel. Sowohl der Arbeiterbewegung in den USA, wie auch den Sozialistinnen und Sozialisten in Frankreich ging es vor allem um die Verbesserung der Lage der abhängig beschäftigten Menschen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand dabei auch, welche Rolle Eigentum und die Verfügung über die Arbeitskraft anderer Menschen in einer Gesellschaft spielen oder spielen sollten. Beide Autoren bemühen sich zudem darum, ihre jeweiligen Analysen auch vor dem Hintergrund einer Dar-

stellung der jeweiligen allgemeinen ökonomischen und politischen Bedingungen in den Ländern zu entwickeln.

Zugleich setzen beide Autoren aber unterschiedliche Schwerpunkte: Bezbakh konzentriert sich darauf, die vor allem theoretischen Grundlagen und parteipolitischen Artikulationen sozialistischen Gedankengutes in Frankreich seit den Tagen der Französischen Revolution nachzuzeichnen. Demgegenüber steht im Mittelpunkt des Interesses von Nicholson die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den USA.

Der unterschiedliche Fokus ist dabei vor allem den unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten in den beiden Ländern geschuldet: In den USA hat es zu keinem Zeitpunkt eine Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter geschafft, auf Ebene des Bundes über einen längeren Zeitraum eine wichtige politische Rolle zu spielen. Zentrale Organisation der Arbeiterinnen und Arbeiter waren daher die unterschiedlichen Gewerkschaften, die

sich dann teilweise auch an sozialistischen Vorstellungen orientierten.

Demgegenüber hat die Geschichte in Frankreich vor allem seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine Vielzahl von politischen Formationen auf der Linken hervorgebracht, die sich auf die eine oder andere Art und Weise auf „sozialistische“ Zielvorstellungen orientierten. Zudem erscheint auch die theoretische und philosophische politische Diskussion in Frankreich in dieser Zeit ausgeprägter gewesen zu sein.

Die Lektüre der beiden Bände bietet daher nicht nur einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung in den beiden Ländern, sondern ermöglicht auch interessante Vergleiche zwischen den Ausgangsbedingungen und strategischen Handlungsoptionen der Arbeiterbewegung.

Neben einem Überblick über die großen Linien der theoretischen Diskussionen stellt Bezbakh auch bedeutende Persönlichkeiten der jeweiligen Epochen in kurzen Einzelportraits vor.

Bezbakh beginnt seine Darstellung mit einem Blick auf den „anarcho-revolutionären Sozialismus“ aus der Epoche der französischen Revolution. Schon hier war die Frage nach der gesellschaftlichen Rolle von Privateigentum einer der zentralen Punkte der Debatten.

Weiteren ausführlichen Raum nehmen in der Darstellung für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts die „utopischen Sozialisten“ ein. Hier gibt es Parallelen auch zur Situation in Deutschland, da etliche der vorgestellten Denker auch Einfluss auf die Entwicklung des Frühsozialismus in Deutschland hatten.

Eines der zentralen Ereignisse in der Geschichte der Arbeiterbewegung weltweit war die Gründung der Pariser Kommune im Jahr 1871, mit der sich auch Karl Marx intensiv beschäftigte. Für ihn wie für viele

ZeitgenossInnen war die Gründung der Kommune das erste große Experiment und Beispiel für eine soziale und demokratische Organisation der Gesellschaft.

Ab Ende des 19. Jahrhunderts nehmen in der Darstellung die Parteigründungen aus den Reihen der Arbeiterbewegung immer mehr Raum ein. Hier bildet sich auch ein Charakteristikum der Situation in Frankreich heraus, für dessen Bestand der Autor keine Erklärung anbietet: Anders als beispielsweise in Deutschland blieb die Zahl der Parteien auf der Linken, die eine gewisse landesweitere Resonanz hatten, stets groß. Während in Deutschland zumindest bis zum ersten Weltkrieg die SPD nahezu unangefochten war, und sich danach auf nationaler Ebene nie mehr als drei Parteien die Stimmen der linken Wählerinnen und Wähler teilten, gründeten, spalteten und vereinigten sich sozialistische Parteien immer wieder aufs neue, bis es im Jahr 1905 mit der Gründung der SFIO zu einer vorübergehenden Stabilität kam, die mit der Gründung der Kommunistischen Partei im Jahr 1920 dann aber auch schon wieder beendet war.

Ausführlich wird u.a. die Person Jean Jaurès vorgestellt, der durch sein entschiedenes pazifistisches Eintreten gegen den heraufziehenden 1. Weltkrieg und seine Ermordung kurz vor Kriegsausbruch zu einer der internationalen Symbolfiguren für den Einsatz der Arbeiterbewegung gegen den Krieg geworden ist.

Bezbakh stellt sodann ausführlich die Politik der SFIO in der Zeit zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg dar. Interessant ist vor allem die Diskussion des Handelns der SFIO in der Zeit der „Volksfrontregierung“ bis kurz vor Ausbruch des 2. Weltkrieges. Zwar gelang es einerseits, mit dieser Regierung unter der Führung des

Sozialisten Léon Blum ein breites demokratisches Bündnis zu organisieren, andererseits war das Vorgehen der Regierung sehr zaghaft: Die bedrängte spanische Republik wurde nur informell unterstützt, die Regierungszeit nicht zu nachhaltigen sozialen Reformen genutzt.

Interessant ist auch die Darstellung des Verhaltens der sozialistischen Abgeordneten im französischen Parlament bei der Abstimmung über Sondervollmachten für Marshall Pétain, der dann im nicht besetzten Teil Frankreichs ein Kollaborationsregime mit den Nazis anführen sollte. Die Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten stimmte hier für die Vollmachten. Nichts desto Trotz beteiligten sich viele Sozialistinnen und Sozialisten am Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Die SFIO war daher Teil der Befreiungsbewegung, die in Frankreich im Jahr 1944 die Regierung übernahm.

Letzter großer Block der Darstellung im Buch ist der Weg hin zur Gründung der Parti Socialiste (PS) in der heute noch bestehenden Form im Jahr 1971 mit Francois Mitterand an der Spitze. Die Zahl der Neugründungen, Spaltungen und Abspaltungen auf der sozialistischen Linken in Frankreich bis zu dem Zeitpunkt ist groß. Für einen nicht mit der Situation in Frankreich vertrauten Leser ist es vielleicht etwas ermüdend, hier den Überblick zu behalten. Zugleich ist die Lektüre aber auch spannend, da die begleitenden politisch-strategischen Auseinandersetzungen sehr plausibel dargestellt werden. Sehr ausführlich schildert der Autor, wie es der spätere Staatspräsident Francois Mitterand schaffte, ein breites Linksbündnis unter Einschluss der Kommunisten zu organisieren, das mit Mitterand im Jahr 1981 auch den ersten Sozialisten als Staatspräsidenten der französischen Republik durchsetzen konn-

te, und zu einer breiten linken parlamentarischen Mehrheit führen sollte. Zugleich bespricht Bezbakh die Probleme und Fehlentscheidungen, die letztlich zum Verlust von Projekt und Mehrheit führten. Insgesamt stellt Bezbakh die Anfangszeit der Präsidentschaft Mitterands in den Jahren 1981 bis 1983 als den letzten Versuch dar, in der die PS noch ernsthaft versuchte, gesellschaftliche Veränderungen im großen Stil, beispielsweise durch die Verstaatlichung von Unternehmen, herbeizuführen.

Das Buch endet mit dem Jahr 2008 und damit praktisch in der aktuell fortbestehenden Situation. Die PS hat in diesem Jahr mit der Bürgermeisterin von Lille, Martine Aubry, eine neue Parteivorsitzende gewählt. Die internen Debatten kreisen momentan zum einen um die Frage, wer als Kandidat/in für die Sozialisten bei der nächsten Präsidentschaftswahl in den Ring steigen wird, und zum anderen um die Frage, ob politische Bündnisoptionen der PS eher im linken oder im liberalen politischen Spektrum gesucht werden sollten. Im Hintergrund steht dabei die Frage, ob die Selbsteinschätzung als „links“ und „rechts“ nach wie vor zur politischen Identifikation der Mehrzahl der Menschen in Frankreich gehört, oder nicht. Je nach Antwort wäre dann ein „linker Block“ oder ein Bündnis der Mitte die Folge.

Insgesamt bietet das Buch damit einen schönen Überblick nicht nur über die Entwicklung der Sozialistischen Partei in Frankreich, sondern auch über die Ideengeschichte des Sozialismus in Frankreich insgesamt.

Auch Nicholson beginnt mit seiner Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA in der Zeit vor der Französischen Revolution (und damit auch vor der amerikanischen Unabhängigkeit). Dabei beginnt er räumlich in Europa, und

beschreibt dann, wie sich die Organisation beispielsweise von Handwerksgelesen auch in den amerikanischen Kolonien ausbreitete.

Nach Nicholson machten vor allem zwei Faktoren die Herausbildung einer einheitlichen Arbeiterklasse in den USA besonders schwierig: Der stete Zustrom neuer Arbeitskräfte durch Einwanderung, sowie die Rechtlosigkeit eines weiteren Teils der Arbeitskräfte durch Sklaverei. Auch die Gewerkschaftsbewegung vollzog diese Spaltung nach: Noch nach der Abschaffung der Sklaverei nach dem Bürgerkrieg blieb ein Teil der Gewerkschaftsbewegung segregiert, wurden Gewerkschaften, die Schwarze und Weiße aufnahmen auch durch andere Gewerkschaften bekämpft. Interessant ist hier die Darstellung der vor allem Ende des 19. Jahrhunderts bedeutsamen „Knights of Labour“, die sich für die Gleichstellung von Schwarzen und Weißen einsetzten.

Interessant ist auch die Darstellung der vielfältigen – oft auch gewalttätigen – Bemühungen der Arbeitgeber, die sich entwickelnde Gewerkschaftsbewegung zu Bekämpfen. Nicholson stellt hier beispielhaft die Aktivitäten der 1836 gegründeten „Anti-Trade-Union Association“ vor.

Anders als in Frankreich wirkte sich die breite und vielfältige Arbeiterbewegung nie auf die nachhaltige Etablierung von Arbeiterparteien aus. Zwar wurden immer wieder – intern umstrittene – Versuche der Parteigründung durch Gewerkschafter unternommen, über zeitweilige regionale Bedeutung kamen diese Zusammenschlüsse jedoch nicht hinaus.

Die Gründung der American Federation of Labour (AFL) stellte dann den ersten großen nationalen Zusammenschluss von Gewerkschaften dar. Im 1. Weltkrieg unterstützte die AFL mehrheitlich die Kriegsbeteiligung der USA; und half nach Ni-

cholsons Darstellung auch bei der Ausschaltung pazifistischer KollegInnen. Die tendenzielle Rechtskurs der AFL führte während der Ära des „New Deal“ in den 1930er Jahren dann zur Gründung des „Congress of Industrial Organisations“ (CIO), die erst nach dem Krieg mit der AFL zur AFL-CIO fusionierten.

Die Zeit des New Deal beschreibt Nicholson als den Höhepunkt der Gewerkschaftsbewegung, Zugleich habe die Gewerkschaftsbewegung in den USA eher als Instrument für die Integration der ArbeiterInnen in die Gesellschaft, und weniger als Mittel für die Veränderung der Gesellschaft gedient. Zudem hätten die Gewerkschaften lange gebraucht, sich auch gesellschaftspolitisch auf die progressive Seite zu stellen, wir die lang anhaltende Unterstützung des Vietnam-Krieges und die fehlende Beteiligung an der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre zeige.

Zum Abschluss des Buches beschreibt Nicholson die Organisationsdebatten in den Gewerkschaften zur Jahrtausendwende, die schließlich in der Abspaltung eines Teils der Gewerkschaften von der AFL-CIO zur „Change-to-Win“ Gruppe war. Ausgangspunkt war die Frage wie stark ein Fokus auf die Organisation neuer Branchen oder Mitglieder gelegt werden soll. ●

Pierre Bezbakh

Geschichte des französischen Sozialismus
Von der Französischen Revolution bis 2008
Vorwärts Buch Verlag, Berlin 2009
502 Seiten, EURO

Philip Yale Nicholson

Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA
Mit einem Vorwort von Michael Sommer
Vorwärts Buch Verlag, Berlin 2006
415 Seiten, EURO

JUGEND HEUTE – LEBENSLAGEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Von Wolfgang Gaiser und Martina Gille, DJI München

Schwerpunkt

Derzeit prangern Politik und Medien, früher als „normal“ betrachtete Sachverhalte des Wirtschaftslebens wie „Auslandsinvestitionen“, „Betriebsverlagerungen“, „Personalabbau“, „Managergehälter“ als „Raubtierkapitalismus“, „Profitsucht“ und „Gier“ an. Davor bevorzugten die politisch-öffentlichen Beurteilungen der gesellschaftlich-ökonomischen Veränderungen eher weniger klassenkampfbelastete Begriffe wie „Globalisierung“, „Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft“, „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“, „Flexibilisierung“, „Mobilität“, „Freisetzung“, „Entgrenzung“, „Neue Armut“, „Nervöse Mittelschicht“. Was immer diese Chiffren bezeichnen, für die nachwachsende Generation signalisieren sie problematische gesellschaftliche Bedingungen, die das Aufwachsen, die Gestaltung der Bildungsbiographie, den Weg in die ökonomische Selbständigkeit, die Familiengründung usw. nicht gerade

einfacher werden lassen. Nichts desto weniger gibt es eine breite Normalität in der Jugend, die es allerdings in ihrer Differenziertheit nachzuzeichnen gilt. Empirisch belastbare Daten für die aktuelle Situation liegen noch nicht vor. Um aber Trends für Entwicklungen seit Anfang der 1990er Jahre und eine Bestandsdiagnose zu machen, bietet sich die breit angelegte repräsentative Längsschnittstudie DJI-Jugendsurvey an. Bevor hieraus zentrale Ergebnisse referiert werden, sollen einleitend Aspekte von Globalisierungsfolgen für die nachwachsende Generation skizziert werden.

1. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Auswirkungen von Globalisierung auf Jugendliche

Gegenstand einer international vergleichenden Untersuchung „GLOBALIFE“ waren die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf individuelle Lebens-

und Erwerbsverläufe in modernen Gesellschaften.¹ Ein Forschungsschwerpunkt war dabei der Übergang von der Jugend in das Erwachsenenalter und die Etablierung im Arbeitsmarkt sowie deren Auswirkungen auf die Familienbildung.

In allen im Rahmen des GLOBALIFE-Projektes untersuchten Industriestaaten sind junge Menschen besonders stark von Globalisierung betroffen: Ihnen fehlt die Berufserfahrung und eine stabile Verankerung im Arbeitsmarkt. Sie können oftmals nicht auf soziale Netzwerke von Arbeitsorganisationen zurückgreifen und besitzen nicht die Verhandlungsmacht wie die bereits etablierten älteren Arbeitnehmer, stabile und kontinuierliche Arbeitsverhältnisse einzufordern. Ihre Arbeitsverträge können relativ einfach veränderten Bedingungen angepasst, das heißt, flexibilisiert und zu ihren Lasten verschlechtert werden. Bildung wird für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt immer wichtiger. Besonders hart von den globalen Veränderungen werden Berufseinsteiger ohne Qualifikation getroffen. Globalisierung verstärkt außerdem die sozialen Ungleichheiten innerhalb der jungen Generation. Die

Erfahrung von ökonomischen und zeitlichen Unsicherheiten (Teilzeitarbeit, Einkommensverluste, Arbeitslosigkeit, befristete Arbeitsverhältnisse) hat Konsequenzen für familiäre Entscheidungsprozesse.

Als Reaktion auf die steigenden Unsicherheiten entwickelten junge Menschen verschiedene Verhaltens- und Anpassungsstrategien:

- (1) Langfristig bindende Entscheidungen werden aufgeschoben weil die Jugendphase und Übergänge in das Erwachsenenleben kaum planbar sind.²
- (2) Junge Menschen weichen in Alternativrollen zur Erwerbstätigkeit aus. Sie bleiben z.B. länger im Bildungssystem oder im Übergangssystem von berufsvorbereitenden Maßnahmen anstatt „arbeitslos“ zu sein.³
- (3) Es bilden sich flexiblere Formen von Partnerschaften heraus, die eine Anpassung an die veränderten Bedingungen von Unsicherheit ohne das Eingehen langfristiger bindender Versprechen ermöglichen.
- (4) Es entwickeln sich geschlechtsspezifische Strategien des Umgangs mit Unsicherheit: Männer sind in immer geringerem Maße in der Lage, als „Ernährer“ eine langfristige Einkommenssicherheit für einen Haushalt zu erbringen. Die Gründung eines eigenen Familienhaushalts wird oft aufgeschoben.⁴ Frauen mit geringem Bildungsniveau und schlechten Arbeitsmarktchancen weichen hingegen manchmal als Reaktion in die traditionelle Rolle der Mutter und Hausfrau aus. Umgekehrt hängt die Familienplanung hochqualifizierter Frauen oft davon ab, ob sie ihre Berufschancen auch mit Familie wahren können.

1 Vgl. das GLOBALIFE-Projekt: Hans-Peter Blossfeld/Erik Klijzing/Melinda Mills/Karin Kurz (Hg.): *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*, London-New York 2005.

2 Vgl. Martina Gille/Sabine Sardei-Biermann: *Jugend und Familie. Herkunftsfamilie, Lebensformen und familiäre Lebensentwürfe*, in: Jörgen Schulze-Krüdener (Hg.): *Lebensalter und Soziale Arbeit*. Band 3 *Jugend*, Baltmannsweiler 2009, 210-230.

3 Vgl. Birgit Reißig/Nora Gaupp/Tilly Lex (Hg.): *Hauptschüler auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt, Übergänge in Arbeit*, Band 9, München 2008.

4 Vgl. Martina Gille: *Familien- und Lebensmodelle junger Männer*, in: Karin Jurczyk/Andreas Lange (Hg.): *Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen!*, Gütersloh 2009, 97-120.

2. Erwartungen der Jugend an gesellschaftliche Akteure

Europaweite Befragungen⁵ zeigen, dass die Jugend diese Problemkonstellationen durchaus differenziert wahrnimmt und dementsprechend hohe Erwartungen an staatliche Akteure hat: Fragt man nach den drei Maßnahmen, auf die sich die EU in erster Linie konzentrieren sollte, dominiert das Thema Arbeitsmarkt. An zweiter Stelle steht die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Hierin spiegeln sich die Ängste und Befürchtungen, die teilweise in engem Zusammenhang mit den gewünschten Politikzielen stehen, teilweise aber auch auf zusätzliche Aspekte von Entwicklungen, die mit Sorge betrachtet werden, verweisen:

Junge Menschen nehmen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland als ein großes Problem wahr. In einer weiteren Studie⁶ wird deutlich, was die Hauptsorgen der Menschen sind und was sie sich infolgedessen von einer europäischen Politik erwarten: Eine stabile Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze, ein funktionierendes Finanzsystem sowie den Erhalt der natürlichen Umwelt.

5 Vgl. European Commission: Flash Eurobarometer 202 – Young Europeans, A survey among young people aged between 15-30 in the European Union, Analytical Report 2007, im Internet unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_202_en.pdf.

6 Vgl. EUROBAROMETER 2008, im Internet unter: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm.

Abbildung: Wichtigkeit von Politikzielen bei 16- bis 29-Jährigen in Deutschland (in Prozent)*



Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

* Darstellung der Skalenpunkte 6 und 7 einer Skala von 1 (=überhaupt nicht wichtig) bis 7 (=sehr wichtig). Die Frage lautete: "Auf dieser Liste sehen Sie verschiedene politische Aufgaben. Wie wichtig sollen Ihrer Meinung nach die Politiker und Politikerinnen in Deutschland diese Aufgaben in Zukunft nehmen?". Items der Größe nach sortiert.

Betrachtet man auf nationaler Ebene die Erwartungen der jungen Deutschen an die Politik, so finden sich hier zusätzliche Aspekte und Konkretisierungen, deren verstärkte Umsetzung sie sich ggf. im Kontext transnationaler, nationaler oder regionaler Steuerung erhoffen (vgl. Abbildung).

3. Die Jugendphase im Umbruch – empirische Ergebnisse

Der DJI-Jugendsurvey (www.dji.de/jugendsurvey) ist Teil der Sozialberichterstattung des Deutschen Jugendinstituts (München) und stellt durch „Dauerbeobachtung“ in Wiederholungsbefragungen zuverlässige Informationen über die soziale und persönliche Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in Deutschland bereit. Bisher wurden drei Erhebungswellen des DJI-Jugendsurvey durchgeführt in den Jahren 1992, 1997 und 2003.⁷ Der repräsentative DJI-Jugendsurvey erfasst pro Erhebungswelle ca. 7.000 16- bis 29-Jährige und in der dritten Welle vom Jahre 2003 zusätzlich ca. 2.100 12- bis 15-Jährige.

In den letzten Jahrzehnten ist es zu einschneidenden Veränderungen der Jugendphase gekommen: der Übergang vom Kind zum Erwachsenen hat sich durch die enorme Verlängerung der Ausbildungszeiten in

seinem Umfang von ca. 5 Jahren (etwa 1950) auf ca. 10 bis 20 Jahre erhöht.⁸ Damit hat die Jugendphase zunehmend ihren Charakter als Übergangsphase verloren und ist zu einer eigenständigen Lebensphase geworden, die eine wachsende Bedeutung für den weiteren Lebensverlauf und die erfolgreiche Integration junger Menschen in die Gesellschaft gewonnen hat.

In allen drei Wellen des DJI-Jugendsurvey wurden die 16- bis 29-Jährigen danach gefragt, ob sie sich eher als Jugendliche/r fühlen, eher als Erwachsene/r oder „mal so, mal so/kommt darauf an“. Im Untersuchungszeitraum zeigt sich eine Abnahme des Selbstverständnisses 16- bis 29-Jähriger als Erwachsene/r um insgesamt 11 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 1). Deutlich zugenommen hat die Zahl derjenigen jungen Menschen, die sich „mal als Jugendliche/r und mal als Erwachsene/r“ fühlen. Im Bewusstsein und Erleben der jungen Menschen hat es also seit Anfang der 1990er Jahre eine weitere Verlängerung der Jugendphase gegeben – bei den jungen Männern etwas stärker als bei den jungen Frauen. Dies entspricht auch Veränderungstendenzen im Bereich der Ausbildung und Arbeitsmarktintegration sowie der Entwicklung privater Lebensformen.⁹

1992 und 2003 nach Geschlecht (in Prozent)	Geschlecht	1992	2003
eher als Jugendliche/r	weiblich	27	28
	männlich	29	33
mal so, mal so / kommt darauf an	weiblich	19	28
	männlich	20	25
eher als Erwachsene/r	weiblich	54	43
	männlich	52	41

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 2003

Das Bildungsniveau der jungen Menschen – bezogen auf den höchsten allgemein bildenden Schulabschluss – ist so hoch wie nie zuvor. Dabei gehört die Benachteiligung der jungen Frauen im allgemeinen Schulbildungssystem der Vergangenheit an. Mittlerweile überholen die jungen Frauen die jungen Männer im Hinblick auf Schulbildungsabschlüsse. Schule, Ausbildung und Studium kanalisieren die Ausdehnung der Jugendphase: Je höher die

Bildung, desto später erfolgt die Einmündung in den Arbeitsmarkt sowie die Familiengründung. Geringe Bildungsressourcen und Migrationshintergrund erhöhen das Risiko der Arbeitslosigkeit sowie des Verbleibs in berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Junge Menschen verbleiben zunehmend länger im Elternhaus und gewinnen immer später ökonomische Unabhängigkeit, da sich die Ausbildungszeiten verlängern und sichere, gut dotierte Beschäftigungsverhältnisse sich nur schwer finden lassen. Aber auch die Gründung von partnerschaftlichen und familialen Lebensformen wird zunehmend in spätere biographische Abschnitte verschoben.

4. Werte, Normvorstellungen, Lebensentwürfe

Das Werteprofil der Jugend heute lässt sich kennzeichnen durch das Spannungsverhältnis von Selbstverwirklichung und Sicherheitsstreben.¹⁰ Die persönliche Lebenserfüllung und Selbstverwirklichung sind zentrale Orientierungen für junge Menschen. Dies ist aber nicht mit einer egoistischen Haltung gleichzusetzen, denn soziale Werte genießen hohe Priorität. Auch der Gemeinschaft gegenüber verpflichtende Werte wie Pflicht und Leistung spielen eine beträchtliche Rolle, wohingegen Konformismus („sich anpassen“) und Egoismus („tun und lassen, was man will“) die geringste Unterstützung erfahren. Die Tugenden Pflichtbewusstsein, Fleiß und Ehrgeiz und auch eine Orientierung an Sicherheit gewinnen an Bedeutung.¹¹ In den Werteprofilen junger Menschen vermischen sich zunehmend moderne Werte der Selbstverwirklichung und des Lebensgenusses mit eher traditionellen Sekundärtugenden wie Pflichtbewusstsein, Ordnungssinn und Sicherheitsstreben.

-
- 7 Ursula Hoffmann-Lange (Hg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1, Opladen: 1995; Martina Gille/Winfried Krüger (Hg.), 2000: Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2, Opladen 2000; Martina Gille/Sabine Sardei-Biermann/Wolfgang Gaiser/Johann de Rijke, Johann: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugendsurvey 3. Wiesbaden 2006; Martina Gille, Martina (Hg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Jugendsurvey. Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugendsurvey 4, Wiesbaden 2008.
- 8 Jürgen Zinnecker: Jugend als Moratorium. Essay zur Geschichte und Bedeutung eines Forschungskonzepts, in: Heinz Reinders/E. Wild (Hrsg.): Jugendzeit – Time Out? Zur Ausgestaltung des Jugendalters als Moratorium, Opladen 2003, S. 37-64; Klaus Hurrelmann: Lebensphase Jugend. 9., aktualisierte Auflage, Weinheim u. München 2007.
- 9 Vgl. Sabine Sardei-Biermann: Soziale Nahwelt und Lebensverhältnisse in subjektiver Einschätzung. In: Martina Gille u.a.: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland, Wiesbaden 2006, 87-130.
- 10 Vgl. Martina Gille: Umkehr des Wertewandels? Veränderungen des individuellen Werteraums bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen seit Beginn der 1990er Jahre, in: Martina Gille (Hg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung, Wiesbaden 2008, 119-172.
- 11 Vgl. Thomas Gensicke: Zeitgeist und Wertorientierungen, in: Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck, Frankfurt am Main 2006, 169-202.

Damit entspricht das Werterepertoire von Jugendlichen eigentlich den Erwartungen der Gesellschaft nach Gemeinsinn, Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft. Ein problematischer Aspekt daran ist, dass das Wiedererstarken traditioneller Werte Gefühlen von Verunsicherung, Zukunftsskeptizismus und Ängsten – wie die Angst, keinen adäquaten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden, sowie die Angst vor Arbeitslosigkeit – geschuldet ist. Die Jugendlichen nehmen sehr wohl wahr, dass vor allem eine gute Bildung über den weiteren Lebenserfolg entscheidet. Jugendliche an den Hauptschulen zeichnen sich daher durch einen deutlich geringeren Optimismus in die eigene Zukunft aus. Die Zukunftserwartungen von jungen Menschen sind also deutlich durch ihr formales Bildungsniveau beeinflusst.

Angesichts schwieriger gewordener gesellschaftlicher Rahmenbedingungen seit den 1990er Jahren, wie die Ausbildungs- und Arbeitsmarktkrise und der Abbau sozialstaatlicher Leistungen, setzen junge Menschen vermehrt auf private soziale Netzwerke: Herkunftsfamilie, Gleichaltrigengruppen, Partnerschaft und eine eigene zukünftige Familie werden immer wichtiger eingeschätzt angesichts einer als unsicher wahrgenommenen gesellschaftlichen Situation.¹² Die Rollenerwartungen an Frauen und Männer bezogen auf ihren gesellschaftlichen Beitrag zu Kinderbetreu-

ung, Erwerbstätigkeit und politischer Gestaltung werden mehrheitlich als für Frauen und Männer egalitär wahrgenommen – über die drei Wellen des Jugendsurvey seit 1992 gesehen in zunehmendem Maße. Nach wie vor unterstützen junge Männer aber stärker traditionale Rollenbilder. Diese Normvorstellungen hinsichtlich des gesellschaftlichen Beitrags von Frauen und Männern in der Gesellschaft sind offensichtlich über Prozesse der Sozialisation in nach wie vor bestehende geschlechterhierarchische gesellschaftliche Strukturen zu Selbstverständlichkeiten im Bewusstsein junger Menschen geworden, ohne dass hier Wertpräferenzen einen großen Einfluss haben. Allenfalls zeigt sich, dass das Streben nach Selbstverwirklichung insbesondere bei den Frauen mit einer Präferenz für egalitäre Rollenorientierungen einhergeht.

5. Gesellschaftliche und politische Beteiligung

Die Mitgliedschaft und Mitarbeit in Organisationen, Vereinen und Verbänden bieten für Jugendliche und junge Erwachsene Möglichkeiten der Umsetzung ihrer Interessen sowie der Kommunikation, der Identitätsentwicklung und der sozialen Integration. Zieht man ein breites Spektrum von Vereinen und Verbänden in Betracht, so vermittelt der Anteil derjenigen, die in mindestens einer der angegebenen Organisationen Mitglied sind, einen Gesamteindruck zur Mitgliedschaftsentwicklung. 2003 sind 57% der 16- bis 29-Jährigen Mitglied in mindestens einem Verein oder Verband, 51% aller Befragten sind in mindestens einem Verein oder Verband aktiv.¹³ Mehr als die Hälfte der 16- bis 29-Jährigen wird also von mindestens einem Verein erreicht und dies ist – bis auf einen schwa-

12 Vgl. Martina Gille: Wandel des Rollenverständnisses junger Frauen und Männer im Spannungsfeld von Familie und Beruf, in: Martina Gille (Hg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung, Wiesbaden 2008, 173-210.

13 Vgl. Wolfgang Gaiser/Johann de Rijke: Gesellschaftliche und politische Beteiligung, in: Martina Gille u.a.: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland, Wiesbaden 2006, 213-275.

chen Rückgang 1997 – ein gleich bleibender Befund seit Beginn der 1990er Jahre. Allerdings liegen die Anteile der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die jeweils aktives Mitglied in einem bestimmten Verein oder Verband sind, außer bei den Sportvereinen mit 33% (2003) unter 10%.

Darüber hinaus zeigt sich, dass das Engagement junger Menschen in traditionellen Organisationen und Vereinen sowohl in regionaler wie in geschlechtsspezifischer Hinsicht unterschiedlich ist. Die Mitgliedschafts- und Aktivitätsquote – bezogen auf das Engagement in mindestens einem Verein oder Verband – ist in den neuen Bundesländern um rund 20% niedriger als in den alten Bundesländern. Diese West-Ost-Differenz im verbandlichen Engagement ist seit Beginn der 1990er Jahre nahezu konstant. Ebenso hat sich an der geringeren Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen in Vereinen und Verbänden im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen nichts verändert: Hier sind die entsprechenden Mitgliedschafts- und Aktivitätsquoten der Mädchen und jungen Frauen um 12 bis 16 Prozentpunkte geringer als bei der männlichen Vergleichsgruppe. Exemplarisch sei dies für die Sportvereine dargestellt, die für junge Menschen mit Abstand die stärkste Bedeutung haben. So waren 2003 29% der Mädchen und jungen Frauen Mitglied in einem Sportverein (26% waren aktiv); bei den Jungen und jungen Männern waren dagegen 42% Mitglieder (39% waren aktiv). Die Strukturen und Verfahrensweisen traditioneller Vereine und Organisationen unterstützen offensichtlich nach wie vor Prozesse der Geschlechtersegregation, die dazu führen, dass Frauen im öffentlichen Bereich geringer vertreten sind.

Die Sympathie für die Neuen Sozialen Bewegungen wie Umweltschutzgruppen,

Friedensinitiativen und Menschenrechtsgruppen etc. ist bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in alten und neuen Bundesländern unverändert sehr hoch. Insbesondere erfahren Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen und Menschenrechtsgruppen bei jeweils über vier Fünftel der Befragten, die Dritte-Welt-Initiativen und Selbsthilfegruppen bei jeweils über zwei Drittel positive Bewertungen. Die tatsächliche Beteiligung, wie sie einerseits in aktiver Mitgestaltung und andererseits im Besuch von Treffen zum Ausdruck kommt, liegt deutlich unterhalb der Sympathiebewertungen. Aktiv in mindestens einer der angeführten Gruppierungen ist etwa ein Fünftel der 16- bis 29-Jährigen. Dabei erreichen die jungen Frauen etwas höhere Engagementquoten als die jungen Männer. Die stärker aktionsorientierten und weniger formalisierten Strukturen solcher eher informellen Gruppierungen schaffen offensichtlich bessere Zugangschancen für Mädchen und junge Frauen.

Eine weitere Dimension ist wichtig, wenn es um die Frage geht, wie junge Menschen sich als politische Akteure gegenüber unterschiedlichen Ebenen des Politischen artikulieren wollen und wie sie sich vorstellen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Einerseits geht es um tatsächlich ausgeübte politische Aktivitäten, andererseits um darauf bezogene Handlungsbereitschaften. Aus letzterem kann man ein Bild für potentielles Verhalten gewinnen. Die Beteiligung an Wahlen steht mit Abstand an erster Stelle der Partizipationsformen, zu denen Bereitschaft bekundet wird. Von nahezu allen jungen Menschen wird offensichtlich das Wählen als die wichtigste und selbstverständlichste Form demokratischer Beteiligung und politischer Einflussnahme angesehen (92%).

Die Beteiligung an Unterschriftensammlungen steht nach der an Wahlen an zweiter Stelle der in Betracht gezogenen Partizipationsformen (80%), gefolgt von der Bereitschaft, sich an genehmigten Demonstrationen zu beteiligen (60%), in einem Mitbestimmungsgremien im Betrieb, in der Schule, in der Ausbildungsstätte mitzuarbeiten (54%), sich in öffentlichen Versammlungen an Diskussionen zu beteiligen (46%) oder bei gewerkschaftlich beschlossenen Streiks mitzumachen (41%). Auch politisch motivierte Mitarbeit in einer Bürgerinitiative kann sich gut ein Drittel (35%) vorstellen. Knapp ein Drittel (31%) würde auch, um politisch Einfluss zu nehmen, Briefe oder Mails direkt an politische Verantwortliche oder an Zeitungen, Hörfunk oder das Fernsehen schreiben.

Andere institutionalisierte Partizipationsformen wie die aktive Mitarbeit in einer Partei, in einer anderen politischen Gruppierung oder die Übernahme eines politischen Amtes finden sich demgegenüber weniger im Verhaltensrepertoire junger Menschen. Noch seltener ist die Bereitschaft zu politischen Aktionen, die sich an der Legalitätsgrenze bewegen: Während sich die Teilnahme an Boykottaktionen noch 25% der Befragten vorstellen können, gilt solches für weniger als zehn Prozent bei der Besetzung von Häusern, Fabriken, Ämtern, „wilden“ Streiks oder politischen Aktionen, bei denen nicht auszuschließen ist, dass Sachen oder Personen dabei Schaden nehmen könnten.

Parteiarbeit und politische Ämter sind in beiden Landesteilen eher „Männersache“. Die Anteilswerte junger Frauen liegen hier rund zehn Prozentpunkte niedriger. Bei anderen eher konventionellen Formen politischer Artikulation – wie Geld für politische Zwecke zu spenden oder sich mit

Briefen an Politiker oder die Medien zu richten – spielen dagegen Geschlechtsunterschiede keine Rolle. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind bei unkonventionellen Handlungsbereitschaften durchgängig gering. Aktivitäten, mit denen die Grenzen der Legalität überschritten werden könnten, werden eher von männlichen als von weiblichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Betracht gezogen.

Im letzten Jahrzehnt hat zusätzlich eine weitere Variante politischen Denken und Handelns gerade junger Menschen an Bedeutung gewonnen: der so genannte „politische Konsum“ (political consumerism). Damit sind Kaufentscheidungen gemeint, die „politische Motive“ enthalten. Durch Kommunikation (oft per Internet) und durch organisierte Kampagnen unterstützt wird aus politischen Gründen (etwa um gegen ungerechte und schlechte Arbeitsbedingungen bei der Herstellung bestimmter Produkte vorzugehen) mit Boykottaktionen gegen bestimmte Produkte oder Firmen vorgegangen. Aber auch die Unterstützung von bestimmtem Konsum, etwa „fair“ gehandelte und produzierte Nahrungsmittel, kann politisch motiviert sein und dementsprechend als „Buycott“ verstanden werden.¹⁴ Diese neuen Formen können als eine weitere Verbreiterung der unkonventionellen Formen politischer Beteiligung verstanden werden und haben möglicherweise Zukunft als eine effektive Subpolitik außerhalb des engeren politischen Systems.

¹⁴ Vgl. Johann de Rijke/Wolfgang Gaiser/Franziska Wächter: Aspekte der Stabilität politischer Orientierungen und politischer Partizipation, in: Martina Gille (Hg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung, Wiesbaden 2008, 269-300.

6. Ausblick

Um Jugendliche in ihrer Identitätsentwicklung zu stärken, müssen ihre Lebensumstände zur Kenntnis genommen, ihre Bedürfnisse respektiert werden und ihre Möglichkeiten der Interessenrealisierung erweitert werden. In diesem Kontext spielt das Salutogenesekonzept von Antonovsky¹⁵ eine hervorgehobene Rolle. Es wird schon länger in der sozialen Arbeit rezipiert und hat im 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (zum Thema Gesundheit) einen hervorgehobenen Stellenwert.¹⁶ Nach dem salutogenetischen Modell ist der Mensch aktiver Gestalter seines Lebens. Demnach seien Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensbewältigungskompetenz umso höher, je größer die Möglichkeiten und Fähigkeiten sind, die Welt und das eigene Leben zu verstehen und zu beeinflussen (Kohärenzgefühl). Drei Komponenten sind zentral für die Stärkung des Kohärenzgefühls: Zum einen die Verstehbarkeit der inneren und äußeren Welt, zum anderen das Gefühl der Handhabbarkeit, also das Ausmaß des Zutrauens in die eigenen Möglichkeiten, unterschiedlichsten Anforderungen begegnen zu können, und schließlich die Bedeutsamkeit als ein Maß dafür, für wie sinnvoll man das eigene Le-

ben hält. Zur Bildung und Stabilisierung des Kohärenzgefühls tragen wesentlich die folgenden Erfahrungen bei: Konsistenz, die Balance zwischen Unter- und Überforderung sowie die Teilhabe an der Gestaltung von Ereignissen.¹⁷ Partizipation, Beteiligung, Mitwirkung sind in diesem Modell neben den kognitiven und emotionalen Komponenten die zentralen Voraussetzungen für gesundes Aufwachsen.

Bildung wird zu einer immer wichtigeren Einflussgröße für soziale Ungleichheit in Form des Aufwachsens junger Menschen in Deutschland. Bildung kanalisiert die Ausdehnung der Jugendphase, die gegenwärtigen Lebensformen und die Einmündung in den Arbeitsmarkt und die Familiengründung. Auch in subjektiver Sicht unterscheiden sich die Bildungsgruppen in ihren Wertorientierungen, Geschlechterrollenorientierungen und ihren Lebensentwürfen. Mit höherer Bildung gehen in der Regel weniger traditionelle und konventionelle Orientierungen einher. Für die gesellschaftliche und politische Beteiligung hat Bildung überwiegend eine aktivitätsfördernde und mobilisierende Funktion. Mehr Bildung unterstützt mehr Beteiligung und Engagement und fördert damit auch den Zugang zu mehr sozialen Ressourcen.

Außerdem werden gesellschaftliche Zuweisungsprozesse nach wie vor von der Geschlechtszugehörigkeit mitbestimmt. Die Lebensentwürfe junger Menschen orientieren sich noch – wenn auch mit nachlassender Tendenz – an herkömmlichen Rollenbildern. Da die Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und Familie für Frauen nur schwer zu realisieren ist, bedeutet dies für die jungen Frauen häufig einen Aufschub der Familiengründung und/oder des Eintritts ins Erwerbsleben mit entsprechenden nachteiligen Konsequenzen im

15 Vgl. Aron Antonovsky: Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit, Tübingen 1997

16 Vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): 13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin 2009.

17 Vgl. Heiner Keupp: Von der (Un-)Möglichkeit erwachsen zu werden, in: Gemeindepsychologie Rundbrief. Band 3 1/1997, 10-25; Albert Lenz: Partizipation von Kindern in Beratung und Therapie. Entwicklungen, Befunde und Handlungsperspektiven, Weinheim 2001.

Hinblick auf spätere Berufskarriere und Einkommen.

Fragt man, welche Konsequenzen sich aus dem Dargelegten für die Förderung von Jugendlichen ergeben könnten, so lässt sich thesenartig Folgendes feststellen:

Die „Zerfaserung“ und Ausdehnung der Jugendphase im Übergang zum Erwachsenenstatus bedeutet eine zunehmende Heterogenisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Hinblick auf die Bewältigung von Stusetappen im privaten Bereich sowie im Ausbildungs- und Berufsbereich. Das bedeutet auch, dass sich jugendpolitische Maßnahmen auf diese Heterogenität einzustellen und bei der Entwicklung von Förderprogrammen die Lebenssituation und Zukunftsperspektiven der spezifischen Zielgruppen zu berücksichtigen haben. Dies bedeutet zum einen eine verstärkte und systematische Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen Jugendlicher, die sich durch Merkmale wie Bildung, Region, Ethnie, Gender, soziale Einbindung in Freundschaftsnetze beschreiben lassen. Zum anderen gilt es die Zukunftsvorstellungen, Wünsche, Werte, Sorgen und Erwartungen an öffentliche Akteure in den jeweiligen Zielgruppen zu ermitteln, um differenzierte, auf die spezifischen Bedürfnisse und Lebenslagen der unterschiedlichen Adressatengruppen zugeschnittene Jugendpolitiken, entwickeln zu können.

Jugendarbeit kann aber nur gelingen, wenn die Jugendlichen von Anfang an in die Entwicklung und Planung von jugendpolitischen Maßnahmen einbezogen werden. Dabei gilt es jene Partizipationsformen in Betracht zu ziehen, die von jungen Menschen akzeptiert und genutzt werden: Junge Menschen wollen als gleichberechtigte Partner wahrgenommen werden und

sich in weniger fest institutionalisierten Räumen auch spontan beteiligen können.

Weiterhin ginge es darum, in vielfältigen Formen reale Beteiligung innerhalb von Bildungsstrukturen zu verstärken. Dabei muss aber auch die gesellschaftliche, biographische und persönliche Komplexität, Dynamik und Differenziertheit der Jugendphase sowie der Druck, der auf Jugendlichen lastet, berücksichtigt werden. ●

ZWISCHEN LAST UND LUST – JUGEND 2010

Von Markus Etscheid-Stams, BDKJ

Schwerpunkt

1. Es gibt nicht „die“ Jugend!

Die jungen Frauen und Männer von heute sind sehr unterschiedlich. Sie sind keine dichte soziale Einheit, die mit irgendeinem Catch-all-Begriff erfassbar wäre. Es gibt nicht die Generation Praktikum, nicht die Generation Doof. Es handelt sich weder um eine „Jugend ohne Charakter“ noch um eine durchweg und gleichermaßen „pragmatische Generation“ (Shell 2006). – Die Verschiedenheit ist das Gemeinsame, das Unterscheidende das Verbindende!

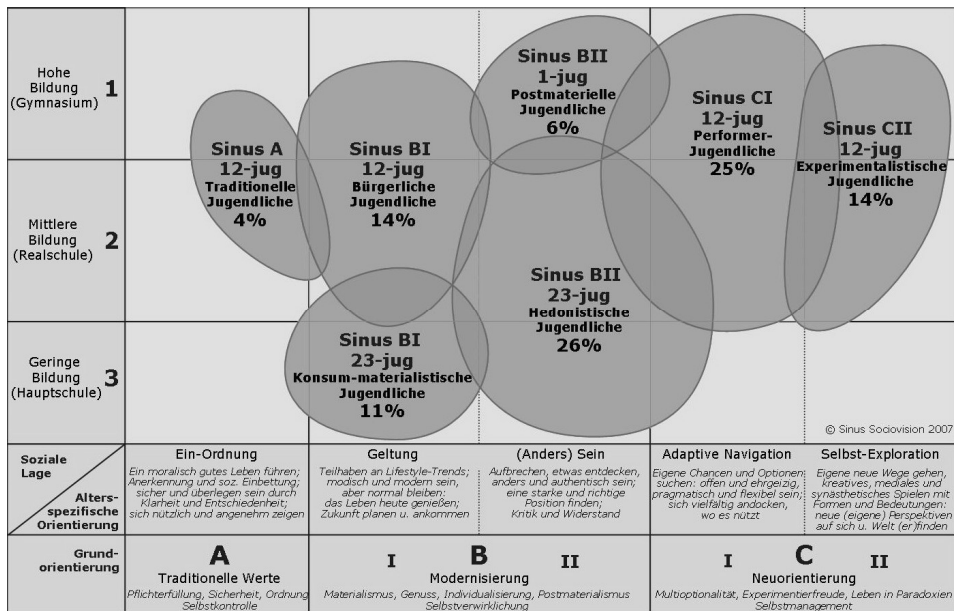
2. Sowohl sozialökonomische als auch soziokulturelle Unterschiede!

Jugend ist nicht gleich Jugend. Wer heute mit jungen Menschen zu tun hat, trifft auf verschiedene Milieus, die unterschiedliche sozial-ökonomische Voraussetzungen haben (Einkommen und Bildungsgrad). Sie

lassen sich aber vor allem anhand ihrer verschiedenen Alltagsästhetik und Wertorientierung als soziokulturell unterschiedlich beschreiben: Die Sinus-Jugendstudie¹ zeigt, wie unterschiedlich die Lebenswelten junger Menschen hinsichtlich ihres Lebensstils, ihres kulturellen Kapitals, bezüglich Engagement und Vergemeinschaftung, Kirche und Religion sowie Sehnsüchten und Zukunftswünschen sind.

1 Mit der Sinus-Milieustudie U27, die der BDKJ-Bundesverband und das Hilfswerk MISEREOR in Auftrag gegeben haben, werden erstmals junge Menschen unter 20 Jahren mit dem Modell der Sinus-Milieus unmittelbar in den Blick genommen. Die jetzt vorliegende Studie untersucht drei Altersgruppen: Kinder (9 bis 13 Jahre), Jugendliche (14 bis 19 Jahre) und junge Erwachsene (20 bis 27 Jahre).

Jugendliche (14 bis 19 Jahre):



3. Postmoderne ist Last und Lust!

Auch die Verwertungsgrade der postmodernen Freiheit sind bei jungen Menschen unterschiedlich. Offensichtlich profitieren nicht alle Jugendlichen gleichermaßen von den Chancen von Globalisierung und Pluralisierungsdynamiken. Nicht alle haben die finanziellen, intellektuellen, sozialen oder motivationalen Möglichkeiten, sich diese Freiräume zu erschließen. Die Freiheit des jugendlichen Individuums ist determiniert durch seine „Startposition“, wozu wesentlich die soziale Lage, stark vom Bildungsgrad abhängig, und die ästhetische und wertemäßige Grundorientierung gehören. – Es gibt also eine Spaltung in mehrerlei Hinsicht: sozio-ökonomisch und sozio-kulturell; beide bedingen sich.

Wer beispielsweise traditionell denkt, sein Leben aus einer Reproduktionslogik („Das war bei uns schon immer so!“) heraus gestaltet, für den ist die Vielfalt manchmal eine „Last“ – der entscheidet sich ständig „gegen“ so vieles. Ein anderer Jugendlicher managt sein Leben, nüchtern, zielorientiert, pragmatisch und flexibel; für diesen ist der Reichtum an Optionen eine große „Lust“ – er entscheidet sich immer wieder „für“ das eine und dann (vielleicht sogar zugleich) „für“ das nächste. Die gleichen Pluralisierungsprozesse bieten den Rahmen für ganz andere Lebensbiographien, die je nach kulturoziologischer Verortung, je nach Wertorientierung, von einem an der Vergangenheit festhaltenden, ängstlichen „entweder oder“ oder einem zuversichtlichen und selbstbewussten „sowohl als auch“ geprägt sein können.

4. Gesellschaftliche Spaltungsprozesse verstärken sich selbst!

Nicht alle wollen und können das hohe Tempo der Postmoderne mitgehen. Nicht alle jungen Menschen leben in Bedingungen, die es ihnen möglich machen, die Chancen der pluralen Prozesse konstruktiv zu ergreifen und zu inkorporieren. Vor allem schwächere sozialökonomische Bedingungen und gesellschaftliche Exklusionstendenzen verhindern die Teilhabe an den beschriebenen Freiräumen – hier kommt es sogar eher zum Rückzug in die Eigenwelt (Cocooning). Hinsichtlich der Verwertbarkeit der Freiräume einerseits und der Begrenzungen andererseits gilt der „Matthäus-Effekt“: wer hat, dem wird gegeben. Die Fähigkeit, mit der Vervielfältigung und der Beschleunigung der Welt konstruktiv umgehen zu können ist der Prädiktor dafür, diesen Freiraum noch stärker nutzen zu können („success breeds success“ oder „reicher-get-reicher“).

5. Unterschiedliche Jugendliche – unterschiedliche Politik- und Engagementstile!

So unterschiedlich „die Jugendlichen“ heute sind, so unterschiedlich sind auch ihre Politik- und Engagementstile. Sie unterscheiden sich in Zeitbudgets, Zielen, Motivation, Intensität, dem Grad der Strukturiertheit etc.

Hier sollen drei der sieben Milieus – mit verschiedenen Wertorientierungen und mit unterschiedlicher sozialer Lage – zeigen, wie unterschiedliche Jugendliche in Bezug auf Politik und Engagement „ticken“. Die drei Beispiele zeigen: Es braucht ein differenziertes Hinsehen. Und es lohnt sich, die einzelnen in der Sinus-Jugendstudie beschriebenen Lebenswelten genauer zu

betrachten. Manche Jugendliche sind – auch in der Selbstbeschreibung – politisch. Manche sind ganz anders politisch (und) engagiert, als aus der Ferne vermutet. Und manche Jugendliche agieren explizit nicht politisch – und das hat Gründe.

1. Beispiel: „Ja, ich helfe doch gern!“ – Traditionelle Jugendliche

Jugendliche aus dem traditionellen Milieu bilden früh einen festen Wertekosmos aus, den sie weitgehend von Eltern und Großeltern übernehmen. Sie wirken damit abgeklärt und früh erwachsen. Dem „Werteverfall“, den sie bei anderen Jugendlichen oder in den Medien zu beobachten glauben, treten sie mit praktischem Engagement entgegen: vor allem in ihrem eigenen, unmittelbaren sozialen Umfeld – z.B. in der Schule (als Pate/Patin der Fünftklässler, als Streitschlichter/in oder als Klassensprecher/in) oder in der Kirche (als Ministrant/in). An Politik im engeren Sinne zeigen Traditionelle Jugendliche ein mäßiges Interesse. Es macht ihnen aber Spaß zu helfen, sich altruistisch für eine gute Sache einzusetzen, denn sie zeigen sich ihren Mitmenschen gegenüber gerne nützlich und angenehm.

2. Beispiel: „Die sind doch alle korrupt!“ – Konsum-materialistische Jugendliche

Dieses „abgehängte“ Milieu der Konsum-materialistischen Jugendlichen ist gesellschaftlich wenig akzeptiert – oft sogar aktiv ausgegrenzt – und fällt (sozial)ökonomisch „hintenüber“. Im unteren Bereich der „Schichtachse“ verortet, will niemand wirklich mit ihnen zu tun haben. Die konkreten Lebenserfahrungen dieser Jugendlichen (Ausgrenzung, Chancenlosigkeit, Arbeitslosigkeit etc.) führen zu Vorbehalten gegenüber dem Staat. Von „der Politik“

fühlen sie sich im Stich gelassen und das Misstrauen gegenüber Politiker/innen ist groß (Korruption, eigene Vorteilnahme etc.).

Grundsätzlich ist „Engagement“ für Konsum-materialistische Jugendliche positiv belegt, da sie es mit einem gewissen „Luxus“ verbinden: Schließlich braucht es Zeit, Geld, Kontakte und Einfluss für gelingendes Engagement – Dinge, über die sie gern selbst verfügen würden. Da sich die Jugendlichen aber auf der Verlierer- und Bedürftigenseite sehen, erwarten sie vor allem Anstrengungen in ihre Richtung und nehmen diese gerne an. Wenn sich Konsum-materialistische Jugendliche sozial engagieren, ist für sie der Eindruck wichtig, damit auch wirklich etwas bewegen zu können – es braucht unmittelbare Erfolgserlebnisse. Zudem ist solches Engagement stark gruppenspezifisch geprägt. Wenn die Freund/innen mitmachen steigt die Motivation sofort.

3. Beispiel: „Wenn ich was davon hab...!“ – Performer Jugendliche

Jugendliche Performer sind offen und ehrgeizig, pragmatisch und flexibel. Früh wollen (und werden) sie erste Etappenziele im Privaten wie Beruflichen erreichen; dies möglichst als Erster oder als Beste. Sie halten sich viele divergierende Optionen offen und „docken“ vielfach an, dort wo es ihnen nützt. Mit ihrem unideologischen Selbst- und Weltbezug lassen sie sich nicht auf eine Gruppe oder Position festlegen. Insofern ist die Bindung an eine Partei kaum denkbar.

Die Lebensweise der Performer Jugendlichen kommt den postmodernen gesellschaftlichen Anforderungen – wie Flexibilität, Mobilität, Konnektivität etc. – besonders gut entgegen. Sie übernehmen gerne repräsentative (Führungs-) Aufgaben. Grundbedingung für ihr Mittun sind

die Möglichkeit, sich ausprobieren und beweisen zu können; sie sollten von Anfang an dabei sein und das Produkt am Ende maßgeblich geprägt haben. In der Abwägung wo und wie sich Performer Jugendliche politisch engagieren, bringen sie eine starke „Marktperspektive“ mit: Sie machen, was ihnen nützt!

6. Handlungsoptionen

Neben kontinuierlichem Engagement braucht es auch punktuelle, situations- und themenorientierte Andockmöglichkeiten! – Dafür gilt es Strukturen zu öffnen (jenseits einer „Kerngruppe“ mit festen Mitgliedern), über flache Hierarchien schnelles Kommen und Gehen zu ermöglichen und „Satelliten“ kreisen zu lassen.

Die Vernetzung verschiedener Akteure aus dem politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Feld ist eine große Chance. Gemeinsam mit diesen Partnerinnen und Partner können inhaltliche Anliegen in eine öffentliche und breit angelegte Debatte eingebracht, weiter entwickelt und umgesetzt werden.

Profil zeigen, Authentizität und ein positives Image sind Jugendlichen wichtig! Wer Inhalte und Themen voran bringen will, kommt an professioneller, glaubwürdiger und ästhetisch angemessener Kommunikation nicht vorbei.

Wer junge Menschen politisch „mitnehmen“ will, muss einerseits Komplexität reduzieren und dann ganz konkrete Projekte und Themen zur Mitarbeit anbieten. Andererseits muss erkennbar sein, dass es etwas „Größeres“, eine Vision oder ein Ziel gibt, auf das hin alles zuläuft. Es braucht immer eine erkennbare Strategie, dann lassen sich auch Ungleichzeitigkeiten und unterschiedliche Kompetenzen einbinden. ●

MIGRATION UND EHREN-AMT- PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGEND- LICHEN MIT MIGRATIONS- HINTERGRUND IN DER JUGENDVERBANDSARBEIT

Von Maria Klimovskikh, JunOst e.V. und djo und Thomas Hoffmann, djo

Schwerpunkt

Die Jugendverbandsarbeit insgesamt hat ein steigendes Problem mit der Ausweitung der Schulzeiten, dem achtstufigen Gymnasium, den veränderten Studienbedingungen und Studiengebühren. Der dadurch zunehmende Druck auf Schüler und Studenten begrenzt die Ressourcen von jungen Menschen, sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich gesellschaftlich zu engagieren. Dies ist selbstverständlich nicht ein Alleinstellungsmerkmal der Jugendarbeit von und mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, sondern trifft auf diese ebenso zu, wie auf andere Gruppen. Dennoch sind aber die Herausforderungen an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in einigen Bereichen besondere.

Die Motive von Kinder und Jugendlichen, sich VJM (Vereinen Jugendlicher mit Migrationshintergrund) anzuschließen, sind sehr unterschiedlich.¹ Sie haben teilweise mit dem rechtlichen Status der Kinder und Jugendlichen in Deutschland, ihren Einwanderungszeitpunkt und ihren persönlichen Interessenlagen zu tun. Kinder und Jugendliche, die erst kürzlich nach Deutschland gekommen sind, suchen sehr stark nach Orientierung. Sie erhoffen sich Hilfe bei der Lösung von alltäglichen Problemen in der für sie fremden Umwelt und bei der Kontaktaufnahme mit anderen.² Für diese sind die Migrantenjugendgruppen auch eine Art der „Migrationserstberatung“, wobei dies als zusätzliches Angebot zu den

1 vgl. Huth/ Hoppe: 2002, S. 58f.

2 Huth: 2004, S. 3f.

professionellen Beratungsstellen zu verstehen ist.³ Die Beratung erfolgt aufgrund eigener Erfahrung von anderen ehrenamtlichen Jugendlichen, die hierfür keinerlei Ausbildung haben. Dafür können aber diese Jugendlichen ein besonderes Vertrauensverhältnis zu den Neuzuwanderern aufbauen und dienen ihnen sehr stark als Vorbilder.

Kinder und Jugendliche, die bereits länger in Deutschland sind, suchen nach einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung und haben jedoch bisher keinen Zugang zu den Angeboten der traditionellen Jugendverbände oder zu sonstigen Jugendangeboten gefunden. Möglicherweise haben sie bereits Ausgrenzungserfahrungen gemacht, was aber nicht zwingend der Fall sein muss. Vielmehr geht es den meisten darum, mit Menschen in Kontakt zu kommen, die einen ähnlichen Hintergrund haben, weil die Zugänge zu ihnen leichter fallen und vielfach die Interessen ähnliche sind. Viele Kinder und Jugendliche suchen nach ihrer Identität, die sich aus mehreren kulturellen Bezügen speist, die in einen inneren Einklang gebracht werden wollen. Die Beschäftigung mit kulturellen Themen wie Tanz, Theater oder Musik hat deshalb neben dem vordergründigen Freizeitcharakter auch einen direkten Bezug zu der Frage der eigenen Identität. Viel stärker als bei Kindern und Jugendlichen, die erst kürzlich nach Deutschland zugewandert sind, möchten diejenigen, die bereits längere Zeit in Deutschland sind, auch die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv mitgestalten. Sie wollen nicht nur als Objekte, deren Integration unterstützt werden muss, sondern als eigenständige Akteure der Jugendarbeit wahrgenommen werden. Dieser Punkt ist insbesondere für diejenigen Jugendlichen ein besonderes Antriebsmoment, die als Multiplikatoren, ehrenamtliche Helfer oder

Funktionsträger in Migrantenjugendorganisationen aktiv werden. Einerseits wollen sie etwas für die Kinder und Jugendlichen tun, die einen ähnlichen Hintergrund haben wie sie selbst, andererseits hilft ihnen diese Tätigkeit auch eigene Antworten auf die Frage der eigenen Identität zu finden. Die Übernahme von Verantwortung trägt dazu bei, die eigenen mehrkulturellen Hintergründe als Potentiale zu begreifen und selbstbewusster damit umzugehen.

Für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die bereits in Deutschland geboren wurden und in Migrantenjugendorganisationen aktiv werden, geht es um einen Teil ihrer Identität, den sie bewahren wollen. Viele möchten sich für Menschen engagieren, die einen gleichen oder ähnlichen Hintergrund haben wie sie. Es geht ihnen auch um die gesellschaftliche Anerkennung und Gleichberechtigung bei der Teilhabe und Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse.⁴ Sie definieren sich selbst ganz selbstverständlich als Teil der deutschen Gesellschaft und reagieren deshalb besonders empfindlich, wenn die Mehrheitsgesellschaft sie nicht als Deutsche wahrnimmt, sondern allein als Teil einer bestimmten Migrantengruppe. Aus ihrer Sicht sind das keine Faktoren, die sich ausschließen. Sie vereinigen in sich verschiedene Identitäten. Sie wollen nicht auf eine Migrantengruppe reduziert werden, weil sie dies als Ausgrenzung empfinden und verstehen. Sie sehen sich als Menschen mit

3 vgl. Huth/Hoppe: 2002. S. 43 f.

4 vgl. Paraschou: 2004, S. 121: „In dieser Hinsicht stellen zivilgesellschaftliche Strukturen, wie sie von Migrantenvereinen gebildet werden, in ihrer rechtlich/politischen und kulturellen Doppelfunktion geradezu eine ideale Brücke zwischen Migrantengemeinschaft und Aufnahmegesellschaft dar, weil sie eine Scharnierfunktion haben.“

verschiedenen kulturellen Bezügen, wobei aber Deutschland eindeutig als Heimat betrachtet wird. Viele derjenigen, die in Berlin, in Bayern oder dem Rheinland groß geworden sind, sehen sich ganz selbstverständlich als Berliner, Bayern und Rheinländer. Ihre Reduzierung durch die Mehrheitsbevölkerung auf eine bestimmte Migrantengruppe empfinden sie als schmerzhaft. Zurückweisung, die meist als solche gar nicht intendiert war.⁵ Deshalb ist ein Engagement in der Migrantengruppe für sie auch als ein gesellschaftlich-politisches Engagement zu verstehen, durch das die Jugendlichen versuchen zu verdeutlichen, dass auch sie bereits Teil der Mehrheitsgesellschaft sind, auch wenn diese es nicht wahrnimmt oder nicht wahrnehmen will.

Die Anforderungen an die ehrenamtlichen Aktiven in Migrantengruppen sind in vieler Hinsicht besondere. Zunächst einmal haben die Jugendlichen neben ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten auch ein Privatleben zu meistern. Das deutsche Bildungssystem ist strukturell diskriminierend.⁶ Wie auch jüngste Studien belegen, ist es für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wesentlich schwieriger, gute Noten zu erhalten und auf höhere Schulen versetzt zu werden als für einheimische Kinder und Jugendliche.⁷ Das bedeutet, dass für eine erfolgreiche Schulausbildung von ihnen höheres Engagement und bessere Leistungen gefordert werden als von anderen. Außerdem erfordert die finanzielle Situation der Mehrzahl der Migrantenfamilien⁸, dass bei einer universitären Ausbildung der Kinder das Studium von diesen selbst finanziert werden muss. Dies schließt ein ehrenamtliches Engagement entweder ganz aus oder setzt diesem enge Grenzen.

Viele Jugendliche, deren Eltern über geringe Deutschkenntnisse verfügen, haben die Aufgabe, ihre Eltern, Geschwister und andere Verwandte bei Arztbesuchen und Behördengängen zu begleiten, um diese zu beraten und zu vermitteln. Hierbei kommt der umfangreiche Schriftverkehr mit Institutionen und staatlichen Stellen noch hinzu. Neben dem erheblichen Zeitaufwand übernehmen die Jugendlichen dabei sehr viel Verantwortung und stehen unter erheblichem Erfolgsdruck. Meist sind es diese Jugendlichen, die dann in den Migrantengruppen die Beratung von Neuzuwanderern übernehmen, weil sie über die entsprechenden Erfahrungen verfügen. Dabei kennen sie sich in Jugendfragen nicht selten besser aus, als professionelle Migrationsberater.

Ein häufiges Problem ist die starke Abhängigkeit der VJM von den Erwachsenenverbänden. Selbst dort wo von den Kindern und Jugendlichen es nicht problematisiert wird, führt eine starke Abhängigkeit zu einer großen Einflussnahme durch die Erwachsenen. Aufgrund des Fehlens eigener Ressourcen, teilen sich die Jugendorganisationen die gleichen Räumlichkeiten mit der jeweiligen Erwachsenenorganisation, was eine Einschränkung für das selbstbestimmte Agieren der Jugendorganisation zur Folge haben kann. Die Einflussnahme kann

5 vgl. Goel: 2009, S. 206.

6 vgl. Gomolla/Radtke: 2002.

7 vgl. Schulze: 2009; Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz (KMK): 2008; Schulerfolg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im internationalen Vergleich: 2006; Kristen: 2002; Gomolla/Radtke: 2000.

8 Die armutsgefährdete Bevölkerung setzt sich hier fast zur Hälfte (48 %) aus Personen mit Migrationshintergrund zusammen. Vgl. hierzu: 7. Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 2007.

ganz unterschiedlich ausfallen. So nehmen die Erwachsenen die Konzeption, Planung und Durchführung in ihre Hände, mischen sich in die thematische Gestaltung von Projekten ein, bestimmen die Teilnehmerauswahl, beeinflussen Entscheidungsabläufe oder beauftragen Jugendliche mit der Organisation oder Begleitung von Veranstaltungen des Erwachsenenverbandes. Gelegentlich wird eine selbstständige Entwicklung der Jugendorganisation oder Jugendgruppe ganz verhindert, weil Jugendarbeit eher als schmückendes Beiwerk von Erwachsenenveranstaltungen verstanden wird. Für den ehrenamtlichen Aktiven der VJM kann diese Abhängigkeit bedeuten, dass er neben den Aktivitäten der Jugendgruppe auch „dienstverpflichtet wird“ verschiedene Aufgaben im Erwachsenenverband zu übernehmen, weil dieser im Gegenzug die Räumlichkeiten für die Jugendgruppe bereit stellt. Die starke Abhängigkeit der Migrant*innenjugendorganisationen von den Erwachsenenorganisationen hemmt deren Entwicklung und freien Entfaltung. Diese Verhältnisse sind eher kritisch zu sehen, denn die progressivsten Kräfte der jeweiligen Migrant*innengruppen sind meist in der Jugend zu finden. Deshalb gilt es insbesondere diese Kräfte zu stärken, weil sie einen unmittelbaren Einfluss auf die jeweilige Migrant*innengruppe haben.

Die Fluktuation der ehrenamtlichen Aktiven ist in Jugendorganisationen allgemein sehr hoch. Bei Migrant*innenjugendorganisationen ist dies noch wesentlich stärker ausgeprägt, weil die Ehrenamtlichen sehr schnell durch die Vielfachbelastung in Schule/Studium, Familie, Jugendgruppe, Erwachsenengruppe und Nebenjob und den oben beschriebenen besonderen Bedingungen in VJM zerrieben werden.⁹

Fazit: Es ist eine Vielzahl an Maßnahmen und Strukturen notwendig, damit ein ehrenamtliches Engagement von Migrant*innenjugendorganisationen und ihren Verbänden gesichert und ausgebaut wird. ●

Literatur:

Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Bildung in Deutschland 2008, 2008, S. 194.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Schulerfolg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im internationalen Vergleich – Eine Analyse von Voraussetzungen und Erträgen schulischen Lernens im Rahmen von PISA 2003, Berlin, 2006.

Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, 7. Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin, 2007, S. 155ff.

Gaitanides, Stefan: Freiwilliges Engagement und Selbsthilfepotential von Familien ausländischer Herkunft und Migrant*innenorganisationen – Anforderungen an die Bundes-, landes- und Kommunalpolitik, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.), Migrant*innen sind aktiv, Dokumentation der Fachtagung, Berlin, 2003, S.45ff.

Goel, Urmila: Für eine nachhaltige Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland – Wider die (Re-)Produktion ungleicher Machtverhältnisse und Privilegien, in: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Tagungsdokumentation des Gesprächskreises Integration der Friedrich Ebert Stiftung, Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen gerechten Zukunft, 2009, S. 99 – 113.

Gomolla, Mechthild; Radtke, Frank-Olaf: Institutionelle Diskriminierung, Opladen, 2002.

9 Andere zusätzliche Faktoren wie familiäre Bindungen und Arbeitsmarktlage für die Fluktuation bleiben hierbei noch unberücksichtigt. (vgl. Weiss, Thränhardt: 2006)

Gomolla, Mechthild; Radtke, Frank-Olaf: Mechanismen institutionalisierter Diskriminierung in der Schule. In: Gogolin, Ingrid; Nauck, Bernhard (Hrsg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung, Opladen, 2000, S. 321-341.

Huth, Susanne: Partizipation durch bürgerschaftliches Engagement in Migrantenselbstorganisationen, Dokumentation der Tagung „Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen mit Schwerpunkt KurdInnen“ von NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien e.V., 2004, S. 3f.

Huth, Susanne; Hoppe, Jörg Rainer: Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Frankfurt, 2002.

Institut des Rauhen Hauses für Soziale Praxis gGmbH (isp); Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung, im sozialen Bereich gGmbH; Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism) (Hg.): Konfliktbearbeitung in interkulturellen Kontexten in Jugendhilfe und Schule – Zwischenbericht, KiK-Projekt, 2007.

Jagus, Birgit; Khan, Elizaveta: VJM?VJM! Ein kurzer Überblick über neue Engagementformen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in: IVP – Institut für Veranstaltungs- und Projektmanagement in Kooperation mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) (Hg.), Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, 2009, S. 11f.

Kristen, Cornelia: Hauptschule, Realschule oder Gymnasium? Ethnische Unterschiede am ersten Bildungsübergang. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 54, 2002, S. 534-553.

Paraschou, Anthina: Die Selbstorganisation von MigrantInnen, in: Hans-Georg Weigel (Hg.), Migration und Soziale Arbeit, Frankfurt, Heft 2, 2004.

Schulze, Günther: Migration steuern – Integration gestalten, S. 10, in: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Tagungsdokumentation des Gesprächskreises Integration der Friedrich Ebert Stiftung, Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen gerechten Zukunft, 2009.

Weiss, Karin; Thränhardt, Dietrich: Selbsthilfe, Netzwerke und soziales Kapital in der pluralistischen Gesellschaft, Münster, 2006, S. 5f.

FREIWILLIGENDIENST IM AUSLAND – MÖGLICHKEITEN UND POLITISCHE BEDEUTUNG

Von Thilo Nonne, Weltweite Initiative für soziales Engagement

Schwerpunkt

Gründe dafür, als junger Mensch einen Freiwilligendienst (FWD) im Ausland zu machen gibt es genug und jeder hat seine eigenen. Von „Weltrettern“ über „Wegsuchende“ bis „Karrieristen“ gibt es jedes Jahr sehr verschieden Motivierte junge Menschen, die sich entscheiden einen FWD im Ausland zu machen. Auch die Bereiche, in denen ein solcher Dienst möglich ist, sind sehr verschieden.

Außerdem gibt es verschiedene Programmformen mit denen man einen solchen Dienst machen kann. Die bekanntesten unter ihnen sind wohl der Andere Dienst im Ausland, „weltwärts“-Freiwilligendienste, Europäische Freiwilligendienste und ein Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland. Dazu kommen aber noch einige andere Formen wie ein Soziales Freiwilligenjahr, „kultweit“ oder ähnliches. Hier ein kurzer Überblick über unterschiedliche Möglichkeiten.

weltwärts

weltwärts ist wohl das derzeit bekannteste Förderprogramm für FWDs im Ausland. Es richtet sich an alle 18 bis 28-jährigen, die einen Haupt- oder Realschulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung, Fachhochschulreife haben oder Abiturienten. Bei der Einführung des Programms war es ein Anliegen der damaligen Bundesministerin für Entwicklung und Zusammenarbeit Heidemarie Wiecek-Zeul, insbesondere den jungen Frauen hierzulande eine Förderung für einen solchen Freiwilligendienst zu geben, da es zuvor nur für männliche Wehrdienstverweigerer eine staatliche Förderungsmöglichkeit gab.

weltwärts ist somit kein selbstständiger Dienst, sondern lediglich ein Förderprogramm, das einen Freiwilligendienst zu etwa drei Vierteln der Gesamtkosten unterstützt. An diese Förderung sind zahlreiche Vorgaben geknüpft, die von den Trägerorganisationen eingehalten werden müssen,

wodurch die Dienste ähnlich klar geregelt sind wie ein gesetzliches Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland.

Ein FWD mit weltwärts-Förderung kann zwischen 6 und bis zu 24 Monaten dauern, je nach dem wie die Trägerorganisationen das handhaben. Es muss ein Vorbereitung, eine Betreuung und eine Nachbereitung vom Träger organisiert werden. Die Einsatzländer für weltwärts-FWDe müssen Entwicklungsländer sein, die ein Mindestmaß an Sicherheit gewährleisten. Die Projektstellen im Ausland und somit die Arbeit eines Freiwilligen sind in folgenden Bereichen möglich: Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Wirtschaftsförderung, Not- und Übergangshilfe, Umweltschutz, Wasser, Menschenrechte, Demokratieförderung, Jugendbeschäftigung, Sport und Ernährungssicherheit. Somit ist beispielsweise auch eine art Freiwilliges Ökologisches Jahr oder ein FSJ in der Politik im Ausland möglich.

Für anerkannte Wehrdienstverweigerer ist es möglich, ein durch weltwärts geförderten Freiwilligendienst unter bestimmten Auflagen als Ersatz für den Zivildienst zu leisten.

Genauere Informationen sowie eine Liste mit allen anerkannten weltwärts-Trägerorganisationen findet man unter www.weltwaerts.de.

Europäischer Freiwilligendienst

Der Europäische Freiwilligendienst (EFD) ist ein sehr ähnliches Programm wie weltwärts. Auch hier handelt es sich vor allem um ein Förderprogramm, bei dem die Europäische Union die gesamten Kosten für den Freiwilligendienst übernimmt. Der EFD bietet jungen Menschen aus ganz Europa von 16 bzw. 18 bis 30 Jahren die

Möglichkeit, zwischen 6 und 12 Monaten in einem anderen, in der Regel europäischen (ausnahmsweise auch außereuropäischen) Land zu arbeiten. Die Arbeit findet in lokalen Projekten in den Bereichen Soziales, Jugend, Umwelt und Kultur statt. Auch beim EFD gibt es obligatorische Vorbereitungs-, Zwischen- und Nachbereitungsseminare und eine Betreuung während des Jahres. In Deutschland wird der EFD von JUGEND für Europa – Deutsche Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION verwaltet. Für eine Bewerbung muss man sich allerdings auch hierbei an eine Trägerorganisation wenden und sich häufig zusätzlich noch bei den Projektstellen einzeln bewerben. Bzw. kann man auch mit selbstständig organisierten Projekten bei einem Träger ein FWD machen. Leider ist der EFD nicht als Ersatz für den Zivildienst zugelassen. Er richtet sich in Deutschland daher vor allem an junge Frauen und ausgemusterte Männer.

Andere Dienst im Ausland

Der Andere Dienst im Ausland (ADiA) ist ein unregelmäßiger FWD, der sich einzig an junge Wehrdienstverweigerer richtet. Die Regeln werden von den Trägern vorgegeben, welche vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) anerkannt sein müssen. Somit liegt die Ausgestaltung, Förderung und dergleichen in Hand der Trägerorganisationen.

Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland

Das FSJ i.A. ist so wie das inländische FSJ an junge Menschen bis Vollendung des 27. Lebensjahres gerichtet. Für FSJ i.A. gibt es verankert im Gesetz zur Förderung des

Freiwilligen Sozialen Jahres die Rahmenbedingungen für ein solches Jahr. Diese umfassen unter anderem eine Sozialversicherungspflicht, die allein von der Trägerorganisation getragen werden müssen. Außerdem müssen um das Jahr herum mindestens 25 Bildungstage in Form von Seminaren für den Freiwilligen veranstaltet werden. Zudem gibt es genau Regelungen über die höchste Arbeitszeit und die Urlaubstage. Seit 2002 ist das FSJ i.A. im § 14c Zivildienstgesetz anerkannt als Ersatz für den Zivildienst. Es wurde kürzlich vom Bundesministerium entschieden, dass das FSJ i.A. abgeschafft wird. Ausgehandelt wurde jedoch, dass es einen ähnlichen Freiwilligendienst geben wird, welcher allerdings bisher nur grob umrissen unter dem Arbeitstitel „Anderer Freiwilligendienst im Ausland“ besteht. Bedeutend ist der ADiA für FWD, die im Gegensatz zu „weltwärts“-geförderten Diensten auch in Industrieländern stattfinden können. Er ist bedeutend für die gesamten völkerverständigenden Dienste in beispielsweise Israel, Polen, Russland etc.

Allgemeingültige Hinweise

Alle Kosten, die nicht durch ein Förderprogramm finanziert werden, müssen vom Träger gedeckt werden. Dabei gibt es sehr unterschiedliche Möglichkeiten, wie die Träger an das Geld kommen. Kirchliche Träger beispielsweise können ihre Gelder zum Teil aus eigenen anderen Kassen decken. Bei den meisten Trägern ist es jedoch üblich, dass die Freiwilligen einen Unterstützerkreis aufbauen müssen, der somit einen Teil der Finanzierung übernimmt. Der Freiwillige sammelt also Spenden für den Träger, so dass er ein Freiwilligendienst leisten kann. Je nach dem wie viel andere

Mittel den Organisationen zur Verfügung steht variieren die Größen dieser Unterstützerkreise erheblich. Man sollte sich jedoch dabei nicht von hohen Summen abschrecken lassen, sondern bei der Auswahl einer Organisation auf die Qualitätsstandards achten. Erfahrungsgemäß schafft man es, einen Unterstützerkreis mit Hilfe einer Organisation aufzubauen, egal wie schwer es im ersten Moment erscheinen mag.

Politische Einordnung und Kritik

Über die Bedeutung und Sinnhaftigkeit von FWD im Ausland wurde in den letzten Jahren im Rahmen der Neueinführung von weltwärts viel diskutiert. Jedoch muss man eben auch die Unterschiede der verschiedenen Möglichkeiten im Blick behalten, wenn eine solche Debatte geführt wird bzw. schauen, dass es in den Diskussionen meist um FWD in Entwicklungsländern geht. Ganz speziell ist es sehr kritisch zu betrachten, dass die deutsche Regierung ein Förderprogramm der für Freiwilligendienste mit 70 Millionen Euro im Jahr als Entwicklungshilfe angibt, obwohl bei genauerem Hinsehen bloß ein kleiner Bruchteil in den Entwicklungsländern ankommt. Es ist nicht davon auszugehen, dass ein (häufig gerade gewordener Abiturient) bereits die Arbeit eines Entwicklungshelfers leisten kann. Vielmehr geht es in einem solchen Jahr vor allem um den Entwicklungsprozess, den der Freiwillige selbst durchläuft. Häufig spricht man daher auch von Entwicklungspolitischen LERNDiensten. Weitergedacht handelt es sich also um keine Hilfe an Entwicklungsländer, sondern um die Förderung, vielleicht sogar WeiterBILDUNG, junger Deutscher. Die Regierung tut mit anderen Worten so, als würde sie hohe Summen in den Entwick-

lungshilfeetat investieren, obwohl am ende eigentlich die Deutsche Gesellschaft am meisten davon profitiert. Natürlich haben solche Freiwilligendienste auch positiven Nutzen für die Entwicklungsländer selbst. Durch die Rückkoppelung in die deutsche Gesellschaft wird das Bewusstsein für die Probleme in der Welt geschärft und zukünftige Entscheidungen werden davon sicherlich beeinflusst. Außerdem leisten die Freiwilligen natürlich auch eine Arbeit vorort, ohne dass die Länder diese bezahlen müssen. Jedoch muss man fairer weise zugeben, dass die Kosten eines Freiwilligendienstes nicht im Verhältnis stehen zum erbrachten Nutzen für die Projekte in den Einsatzländern. Es würde sich beispielsweise mehr lohnen, für das Geld eine ausgebildete lokale Fachkraft zu bezahlen.

Daher ist es zwar gut, wenn Deutschland mit der Förderung von FWDen im Ausland jungen Menschen die Möglichkeit gibt eine Zeit im Ausland Erfahrung in beispielsweise sozialpraktischer Arbeit zu geben und so eine Horizonterweiterung ermöglicht, die sich positiv in die Gesellschaft auswirkt. Jedoch sollte das eben als eine Ausgabe im Bereich der Bildung zu verbucht werde und nicht als Teil eines nach wie vor kleinen Entwicklungshilfeetats.

Aus politischer Sicht ist langsam aber auch zu sehen, weshalb die Gelder von weltwärts im Bereich des BMZ liegen. So hat der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) mit Start des Förderprogramms auch begonnen FWDe anzubieten und ist innerhalb weniger Jahre zum größten Träger geworden. Nach dem für das kommende Jahr die weltwärts-Förderung gekürzt wurde und obwohl somit alle Träger Stellen streichen müssen, hat es einzig der DED geschafft, 500 neue Stellen gefördert zu bekommen. Somit haben kleine Träger

kaum noch eine Chance, eine Förderung zu bekommen. Und auch unter den großen Trägern besteht Ungewissheit darüber, ob der DED als staatlicher Träger nicht in Zukunft alle weltwärts-FWDe ausrichten wird. Ein Wettbewerb und somit auch eine Sicherung von Qualitätsstandards wäre damit kaum noch gegeben. Außerdem wären alle anderen Träger mit dem DED kaum konkurrenzfähig, da sie eine gleichwertige Vollfinanzierung nicht leisten können. Die langjährige Erfahrung und damit auch das hohe Maß an Qualität, das andere Träger vorher entwickelt haben, würde dadurch wegfallen. Dies ist dann vor allem im Bereich der Auswahl, Vorbereitung und Betreuung der Fall. Diese Bereiche sind jedoch wichtig, um ein FWD so ertragreich wie möglich für die Einsatzstellen zu machen und eben den Hilfeanteil an dem Jahr so hoch wie möglich zu halten. ●

WARUM STUDIEREN WIR EIGENTLICH?

Von **Julian Zado**, Juso-Kreisvorsitzender in Berlin-Mitte

Schwerpunkt

Wenn über Hochschulen geredet wird, hört man wenig Gutes: Bildungsstreik, miese Studienbedingungen, geringe Flexibilität und noch dazu oft schlechte Berufsaussichten. Dennoch ist für viele junge Menschen klar, dass sie studieren wollen. Woran liegt das? Zum einen natürlich daran, dass die Berufsperspektiven mit einem Studium eben doch gar nicht so schlecht sind, wie viele Berichte über DauerpraktikantInnen glauben machen wollen. Doch studieren wir wirklich für einen Beruf? Ein Studium ist doch keine Berufsausbildung, oder?

Interesse am Fach ist die „ideale“ Motivation

Der „ideale“ Beweggrund für ein Studium ist echtes, wissenschaftlich-inhaltliches Interesse an dem jeweiligen Studienfach. Pure Neugierde kann motivieren, mehr über ein Thema zu erfahren und zwar so

viel, dass dafür eben ein Studium erforderlich ist. Außerdem können dann bei der Beschäftigung mit der Materie Fragen auftauchen, auf die es noch keine Antwort gibt und die man deshalb später selbst wissenschaftlich bearbeiten will. Diese Motivation ist die einzige, die so stark ist, dass sie Menschen dazu antreibt, wirklichen Aufwand zu betreiben, um neue Erkenntnisse zu gewinnen und damit die Gesellschaft zu verbessern. Ein solch reines, von materiellen Dingen losgelöstes Interesse kann heute aber natürlich kaum noch jemand entwickeln. Das liegt nicht an der fehlenden Begeisterungsfähigkeit, sondern schlicht daran, dass alle irgendwie zumindest ein wenig planen müssen, wie sie einmal ihren Lebensunterhalt bestreiten wollen. Das klingt vielleicht etwas materialistisch und berechnend, aber es ist ein ganz natürlicher Reflex. Dieser Reflex ist aber auch nicht weiter schlimm. Beide Motivationsgründe lassen sich nämlich durchaus verbinden. Wer ein wissenschaftliches Stu-

dium betreibt, kann dadurch auch Fertigkeiten entwickeln, die es ihm später ermöglichen, den Lebensunterhalt zu verdienen. Ein weiterer Aspekt ist natürlich auch Alternativlosigkeit. Viele Menschen, die ein Studium auf welche Art auch immer leicht finanzieren können, wählen auch deshalb ein Studium, weil sie noch keine andere, bessere Idee haben, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Auch das ist kein schlechter Grund, denn er gibt die Realität und das Lebensgefühl mancher junger Menschen wieder. Es ist somit oft eine Kombination aus verschiedenen Gründen, die darüber entscheidet, ob man studiert und welches Fach ausgewählt wird. Das ist normal und nicht verwerflich. Politisch interessant ist es aber insofern, als dass natürlich der erste Grund, das Interesse am Studienfach, eine zentrale Rolle spielen sollte, auch wenn es nur selten alleiniger Entscheidungsgrund sein wird. Die Vorstellung aber, persönliches Interesse würde gar keine Rolle mehr spielen, wäre doch erschreckend.

Die Hochschulen fördern den Leistungsgedanken

Wenn alleine das Streben nach Wohlstand oder das Streben nach einer beruflichen „Karriere“ Motivationsgrund für das Studium wird, dann hat das große Auswirkungen darauf, welche Fachrichtungen gestärkt werden und welche „aussterben“. Denn nur noch ökonomisch verwertbare Studiengänge würden dann studiert werden, nur noch sie würden sich durch neue Studierende und damit neue Ideen weiterentwickeln. Und auch inhaltlich findet eine Veränderung statt: Nicht mehr Erkenntnisinteresse, sondern persönliches berufliches Vorankommen steht im Mittelpunkt des Interesses, was sicher auch gefährliche Fol-

gen für die Arbeitsweise und die Forschungsinhalte hätte. Viele Zeitungsartikel verweisen immer wieder auf junge Menschen, die schon früh anfangen, an einem perfekten Lebenslauf zu arbeiten. Neben dem Studium ein Fremdsprachenkurs, der Besuch professioneller Methodenseminare, Top-Noten, Praktika usw. Alles, um sich später potentiell von KommilitonenInnen und damit KonkurrentInnen abgrenzen zu können. Diese Tendenz gibt es mit Sicherheit, so dramatisch fortgeschritten ist sie aber auch nicht. Für viele junge Menschen bildet die Aussicht auf einen guten Lebenslauf noch nicht genügend Motivation, um ein Studium mit Erfolg abzuschließen – zum Glück, es besteht also kein Grund zur Panik. Aber warum gibt es dieses Phänomen überhaupt? Warum gibt es junge Menschen, die schon früh Angst haben, keinen Job zu finden? Hier ist der Ansatzpunkt, um gegensteuern zu können. „Schuld“ ist nämlich nicht nur die gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Situation. Auch die Hochschulen tragen ihren Teil dazu bei, dass Leistung in den Vordergrund und Interesse in den Hintergrund tritt.

Der Staat soll nicht zensieren, aber er muss eine freie Entfaltung von Interesse ermöglichen

Das ist der Punkt, an dem Politik einsetzen kann. Der Staat sollte nicht bevormunden und zensieren, deshalb wäre der Ansatz falsch, irgendwelche Versuche zu unternehmen, die individuelle Motivation von Studierenden zu steuern. Was er aber tun kann und muss, ist die Voraussetzungen für eine freie Entfaltung der Interessen der Studierenden zu schaffen. Aktuell sind viele Bachelor- und Masterstudiengänge so ausgestaltet, dass kaum Wahlmöglichkeiten, aber

ein kontinuierlicher und hoher Prüfungsdruck herrscht. Das Gegenteil wäre richtig: Auswahlmöglichkeiten werden den individuellen Interessen und Wünschen gerecht, was auch zu einer Leistungssteigerung ganz ohne Druck führen kann. Gleichzeitig hätten Studierende in Phasen, in denen kein Prüfungsdruck herrscht, die Möglichkeit, Interessen nachzugehen und Themen zu vertiefen und kritisch zu hinterfragen, ohne Angst haben zu müssen, zu wenig „Prüfungsstoff“ reinzupauken. Mit einer soliden staatlichen Studienfinanzierung für alle Studierenden könnten sich diese eher auf die Studieninhalte konzentrieren und einlassen. Und ein Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz würde dazu führen, dass Studierende nicht mehr untereinander KonkurrentInnen sind, sondern sich gegenseitig unterstützen können.

Das alles würde sowohl zu einer Verbesserung der wissenschaftlichen Qualität insgesamt führen, als auch Studierende eher zu Persönlichkeiten heranreifen lassen. Deshalb ist auch ein anderer Widerspruch falsch, der in diesem Zusammenhang von interessierten Kreisen immer wieder hervorgebracht wird. Viele behaupten, ein Studium müsste mehr für einen Beruf qualifizieren und damit einen geringeren allgemeinen wissenschaftlichen Anteil haben. Aber auch das wäre falsch. Ein Studium, das direkt für einen Beruf qualifizieren würde, wäre hochgradig spezialisiert und müsste auf einen bestimmten Arbeitgeber zugeschnitten zu sein. Dann würden aber Grundlagen und kritisches Hinterfragen fehlen, was Kernpunkte eines wissenschaftlichen Studiums sind. Deshalb kann ein wissenschaftliches Studium keine Berufsausbildung ersetzen. Sie kann aber Persönlichkeiten bilden, die Grundlagenwissen besitzen und Fertigkeiten entwickelt ha-

ben, mit denen es ihnen gelingt, schnell einen Beruf zu erlernen. Davon werden letztlich auch Unternehmen profitieren, denn so wichtig auch Berufsausbildungen für Betriebe sind, sie sollten nicht auf das kreative Potential, das durch ein Studium aufgebaut werden kann, verzichten und dafür auch in Kauf nehmen, noch etwas Zeit in BerufsanfängerInnen investieren zu müssen.

Der Leistungsdruck auf Studierende ist damit sehr hoch. Es gibt ein politisches Interesse, an diesem Druck, denn er führt zu einer stärkeren Berufsorientierung der Studierenden und drängt kritisches wissenschaftliches Forschen in den Hintergrund. Ziel muss es sein, dieser Tendenz entgegen zu wirken und deshalb mehr Freiräume an den Hochschulen zu schaffen. ●

ERINNERUNGSKULTUR UND JUGEND – EINE BESTANDSAUFNAHME

Mandy Baumann und Michael Janowitz, SJD – Die Falken

Schwerpunkt

Junge Menschen treten mit Geschichte durch unterschiedliche Medien, Personen und/oder Institutionen in Kontakt. Dabei ist jedoch zu unterscheiden, welche Medien sie nutzen, welche Inhalte vermittelt werden und wie diese Inhalte in das jetzige Leben der jungen Menschen eingebettet werden können. Eine Auseinandersetzung mit Geschichte, also das Verstehen der Vergangenheit, das Bewusstsein über geschichtliche und gesellschaftliche Prozesse sowie den daraus folgenden Ereignissen, leiten die Auseinandersetzung mit dem Hier und Jetzt ein. Eingebettet in dieser Auseinandersetzung ist eine viel weitreichende Partizipation und Mitbestimmung auf individueller Ebene (Wie möchte ich mein Leben leben?) sowie auf gesellschaftlicher Ebene (Welche gesellschaftlichen Bedingungen müssen vorhanden sein, damit mein mir vorgestelltes Leben ermöglicht wird?). Das Verstehen der Geschichte beeinflusst somit die Bewusstwerdungsprozesse von Jugendlichen.

Erinnerungskultur in Deutschland – Ein Rückblick

In Deutschland ist Erinnerungskultur im Wesentlichen ein Synonym für die Erinnerung an die Shoah und die Opfer des Nationalsozialismus. Nach dem Ende des Nationalsozialismus wurde im Nachkriegsdeutschland gesellschaftlich ein inoffizieller Neubeginn durch die „Stunde Null“ herbeigeführt, wodurch die Möglichkeit, einen Neuanfang für die deutsche Gesellschaft zu konstituieren, geschaffen wurde. Auf der individuellen Ebene war es für die Opfer des NS und ihrer nachfolgenden Generationen undenkbar die „Stunde Null“ zu statuieren. Ebenso konnte die „Stunde Null“ auch auf der Seite der Täter und Täterinnen und ihren Nachfolgegenerationen im familiären Kontext nicht verzeichnet werden. Dies liegt vor allem daran, da gesellschaftlich ein „Neuanfang“ nur bedingt realistisch ist. Der Grund liegt im Familiensystem, in der Kommunikation zwischen Familienmitgliedern und in der Erziehung der Kinder, welche die eigenen Werte und Vorstellungen vermittelt bekommen, die

man selbst als Kind erworben hat. Die Sozialisation der Großeltern- und Elterngenerationen während der NS-Zeit ist eine nicht einfache „ablegbare“ Sozialisation. Sie kann nicht durch den Bezug auf eine „Stunde Null“ weg rationalisiert werden, weil sie Gefühle, Erinnerungen, Werte, Normen, Bindungen, Freundschaften und Identität beinhaltet. Eine Paradoxie, die kaum woanders anzutreffen ist. Ferner hat das Schweigen von Millionen einen Neuanfang für einen Staat eingeleitet, welcher zwar Sicherheit für die Bevölkerung, aber auch noch immer Unverständnis bei den Folgegenerationen aufkommen lässt und eine gesellschaftliche Aufarbeitung der Geschehnisse nur bedingt zulässt.

Die BRD, auf der einen Seite, versuchte unter Konrad Adenauer ihre fehlende historische Legitimation durch ein antikommunistisches Glaubensbekenntnis und somit durch eine Annäherung an den Westen zu ersetzen. Der Antikommunismus wuchs zu einer Staatsdoktrin heran und verschaffte somit der Westdeutschen Bevölkerung ein ruhiges Gewissen. Schließlich war der noch nicht überwundene Stalinismus nach der Totalitarismustheorie (Vgl. Eschwege/Kwiet, 1984) ebenso furchtbar wie der Nationalsozialismus. So konnten die Nazi-Verbrecher/-innen in den öffentlichen Ämtern integriert anstatt entfernt und der Wiederaufbau des Landes ohne Gewissensbisse begonnen werden (Vgl. Traverso, 1993, S. 183). Erst in den sechziger Jahren, im Zuge des Eichmann-Tribunals in Jerusalem und der Gerichtsverhandlungen der Mörder und Mörderinnen der Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik, wurde sich mit Judenverfolgung und Antisemitismus auseinander gesetzt.

Die ehemalige DDR, auf der anderen Seite, näherte sich dem Thema ganz an-

ders. Mit dem Selbstverständnis, das durch die Untrennbarkeit von Antifaschismus und Sozialismus, die Wurzeln des Faschismus, des Nationalsozialismus, des Imperialismus, des Kapitalismus und des Antisemitismus überwunden wurden, besaßen die Themenbereiche des Antisemitismus und der Judenverfolgung der deutsch-jüdischen Geschichte, für DDR-Historiker keine Relevanz (Vgl. Kwiet, 1976). Entsprechende Literatur hielt sich in Grenzen. So schildert Helmut Eschwege in seiner Biografie *Fremd unter Meinesgleichen* die jahrzehntelangen Hindernisse, mit denen die SED seine Forschungen behinderte und zu zerstören versuchte. Das sein Buch *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945* erst 1984 und nur überarbeitet von Konrad Kwiet und nur in der BRD erscheinen konnte, stellt nur ein Beispiel für Schikanen der DDR-Regierung dar (Vgl. Eschwege, 1991). Wie in der Bundesrepublik fanden ernsthafte Auseinandersetzungen auch in der ehemaligen DDR erst zum Anfang der sechziger Jahre statt. Im Mittelpunkt stand hier jedoch die Behauptung, die Kommunistinnen und Kommunisten wären die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Von Jüdinnen und Juden war wenn überhaupt nur vereinzelt die Rede. Andere Annäherungen an die Vergangenheit wurden im Zuge der Auseinandersetzung mit Stalin hergestellt.

Von einer gemeinsamen Erinnerungskultur in den beiden deutschen Staaten kann nicht die Rede sein. Dafür waren die Menschen zu sehr von einander getrennt – sozial, politisch und geografisch. Nach der „Wiedervereinigung“ Deutschlands, ausgelöst vom Historikerstreit, wurde langsam aber kontinuierlich ein „Schlussstrich“ unter die Vergangenheitsbewältigung gezo-

gen. So sprach beispielsweise Martin Walser in seiner Rede anlässlich der Frankfurter Buchmesse 1998 von der „Moralkeule Auschwitz“. 2005 standen die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom „Hitlerfaschismus“ und des Kriegsendes im öffentlichen Rampenlicht. Gleichzeitig wurde von sechzig Jahren Deutschland geredet, als ob es vor 1945 kein Deutschland gegeben hätte. Die Betrachtung der Erinnerungskultur in den beiden deutschen Staaten und im wiedervereinigten Deutschland verdeutlicht, dass die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und den deutschen Verbrechen immer im Zusammenhang mit der aktuellen Entwicklung des politischen Systems gesehen werden muss. Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte ist somit immer von aktuellen Gedenkdiskursen in politischen Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Geschichtsinterpretationen abhängig. Es gibt also nicht die Erinnerungskultur. Vielmehr muss Erinnerungskultur diskursiv, d.h. als beständig im Wandel betrachtet werden. Über Erinnerungskultur zu streiten, ist somit elementarer Bestandteil eben dieser! Dass an den Nationalsozialismus, den 2. Weltkrieg und die Shoah erinnert werden muss, darüber sind sich spektrrenübergreifend fast alle einig. Es kommt jedoch auf den Kontext und das „wie“ an.

Erinnerungskultur – die Vermittlung von Geschichte

Vermittlung von Geschichte in der Schule

Die Erinnerungskultur geht ein her mit der Vermittlung von Geschichtswissen durch die Älteren an die Jüngeren. In der, in unserer Gesellschaft größten Bildungsinstitution, Schule, wird jeder Jahrgang von Schü-

lerinnen und Schülern entsprechend der politischen Gesamtsituation (Geschichts-) Wissen vermittelt. Auf diese Weise wird auch die Erinnerungskultur weitergegeben. Die Schule ist der Ort, in dem der größte Anteil an *formaler Bildung*, also Bildung auf Grundlage vorgegebener Rahmenpläne und fester Regeln, vermittelt wird. Schule bietet jedoch nur bedingt Raum für nachhaltige Wissensvermittlung. Bis zur 10. bzw. 12. Klasse kann nicht die gesamte Entstehungsgeschichte der Menschheit vermittelt werden. In Deutschland wird der Lernstoff in der Sekundarstufe I dennoch chronologisch behandelt, in der Sekundarstufe II wird sich teilweise nach Sachthemen gerichtet. Die chronologische Herangehensweise birgt die Gefahr, dass nie alles behandelt werden kann und deshalb einzelne Themen favorisiert werden. Die Abhandlung nach Sachthemen bietet zwar die Möglichkeit einige Themen vertiefend zu betrachten, doch birgt es auch die Gefahr, Zusammenhänge nicht deutlich genug heraus zu kristallisieren. Eine perfekte Lösung scheint es also nicht zu geben. Dabei weisen bereits Kinder relativ konstante individuelle Zugänge, Rezeptionsweisen und Verarbeitungen von Geschichte auf. Nach Klose deutet vieles darauf hin, „dass eine sehr enge Beziehung zwischen dem Lebenssinn des Individuums und seinem Erkenntnisinteresse an der Vergangenheit besteht und damit auch seinem Verständnis von Geschichte“ (Klose, 1995, S. 5). Es kann also nicht den einen richtigen Weg zur Vermittlung von Geschichtswissen geben. Es erfordert viel mehr einen individuellen Geschichtsunterricht, der auf die Lebenswelt von Jugendlichen zugeschnitten ist. In einer so großen Institution wie der Schule kann das jedoch kaum geleistet werden. Dennoch sind immer häufiger Bil-

dungsangebote in der Schule zu finden, die zumindest die Auseinandersetzung mit der Shoah vehement unterstützt. Dieses ist häufig auf sehr motivierte Lehrer und Lehrerinnen zurückzuführen und bedarf nicht nur großes Engagement, sondern auch Idealismus in einem stark regulierten Lehrplan.

Vermittlung von Geschichte in Verbänden, Jugendclubs und der Parteilugend

Jugendverbände, Jugendclubs, Sportvereine und Parteilugend setzen an der Lebenswelt Jugendlicher an. Durch die Freiwilligkeit für die Jugendlichen stellte die Geschichtsvermittlung in Verbänden usw. ein Paradebeispiel *nicht-formelle Bildung* dar. Diese zeichnet sich zwar durch eine klar institutionalisierte Rechtslage, wie sie bei Verbänden usw. anzutreffen ist, auf, basiert jedoch aufgrund einer offenen Angebotslage auf einer freiwilligen Nutzung. Bei einem genaueren Blick auf solche Bildungsräume ist anzumerken, dass dabei ein Zugang für alle Bildungsschichten der Gesellschaft möglich ist. Die Teilnahme an Aktionen ist kosten- und zeitlos. Die angebotenen Bildungsangebote (Workshops, Wochenendfreizeiten, Gruppenstunden, AG) geben die Möglichkeit, Interesse der Jugendlichen walden zulassen. Schwerpunktthemen und die freie Wahl durch die Teilnehmer/-innen ermöglichen eine intensive Auseinandersetzung mit geschichtlichen Ereignissen. Die Referenten und Referentinnen bzw. Workshopleiter/-innen haben nicht nur ein anderes Zeitlimit, sondern können individuell und altersspezifisch auf Themen eingehen. Dabei erfolgt eine Sensibilisierung für die Geschichte, die vorbereitet, begleitet und evaluiert wird. So ist ein unreflektierter Besuch in einem Konzentrationslager hoffentlich ausgeschlossen. Neben der

zur Schule unterschiedlichen Anleitung haben die Jugendlichen ein viel höheres Maß an Eigeninitiative und Selbstgestaltung des Bildungsprozesses. Somit ist es zum Beispiel möglich selbstbestimmte Themen auch ohne Anleitung und damit verbunden eigene Fragen sich selbst zu erarbeiten. Dieser Prozess wird noch im weiteren Verlauf erläutert.

Der Vorteil nicht-formeller Bildung liegt in der Intensität der Auseinandersetzung. Der Fokus liegt nicht in der reinen Wissensvermittlung, er liegt im Verstehen. Das Interesse von Jugendlichen kann an der Geschichte nur geweckt werden, wenn sie auch eine Relevanz für das Jetzt und Hier bedeutet. Somit ist immer wieder das „Wie“ kam es – zum Beispiel zur Shoah – relevant, um anschließend zu klären, welche Zusammenhänge von Geschichte und dem Jetzt bestehen, ob es ähnliche Muster/Prozesse heute zu finden gibt usw. Das Verknüpfen der Vergangenheit mit den Lebenswelten von Jugendlichen macht insofern Sinn, dass eine Verbundenheit hergestellt wird, es bekommt eine Bedeutung, eine die für Jugendliche greifbar wird.

Oftmals sehen wir genau an diesem Punkt, dass Jugendliche anfangen ihre Umgebung mit zu gestalten – ja, sogar mitzubestimmen. Beispielsweise in Jugendclubs: *Welche Themen interessieren uns?, Welche AG's sollen angeboten werden?; in Jugendverbänden: Welche sozial-politischen Probleme gibt es?, Aktionen gegen Rechts oder gegen Umweltverschmutzung folgen; in der Parteilugend: Welche Forderungen entstehen durch die sozial-politischen Probleme an die Mutterpartei?, Teilnahme an Demonstrationen/Aktionen; und vieles mehr.*

In der jugendpolitischen Bildung führt der Weg zur Geschichte über die Gegenwart! Relevanz für das eigene Leben weckt

Interesse für mehr Wissen und Auseinandersetzung und damit auch für geschichtliches Wissen!

Erwerb von Geschichtswissen in Gleichaltrigengruppen

Eine dritte Form des Erwerbs von Geschichtswissen stellt das Lernen in Gleichaltrigengruppen dar. Dieses Peer-Learning wird unter informelle Lernprozesse gefasst. Hierunter fallen alle Lernprozesse, die abseits von organisierten, strukturierten und kontrollierten Lernarrangements und öffentlichen Bildungssituationen stattfinden. Wenn ich zum Beispiel eine Gruppenstunde in meinem Kinder- und Jugendverband durchführe, bewege ich mich in einem demokratischen Verhandlungsprozess, der Auseinandersetzung, Mitbestimmung, Solidarität und Partizipation einbezieht. Dieses fordert von allen Beteiligten eine hohe Beanspruchung von sozialen wie auch fachlichen Kompetenzen.

Außerfrage steht, dass der informellen Bildung und Wissensvermittlung mehr Platz eingeräumt werden muss. Informelle Bildung kann dabei nur außerinstitutionell, an Orten, die sich Jugendliche frei wählen können, stattfinden. Nicht nur Lehrer/-innen, auch Sozialpädagoge/-innen und andere „Kümmerer“ müssen Jugendlichen diese Freiheit gewähren.

Das bedeutet jedoch nicht, die Jugendlichen mit ihren Problemen allein zu lassen, sondern hat zur Folge, dass das Feld der informellen Bildung gesellschaftlich trotz dessen eingebunden werden muss. Kinder- und Jugendverbände, Parteijugend usw. etablieren ihre Bildungs- und Gruppenarbeit in Verbundenheit mit „Professionellen“ und Ehrenamtlichen. In der Ausbildung von Anleitern und Anleiterinnen (z.B. Junghel-

fer/-innen, Referent/-innen) muss darauf geachtet werden, dass die Kompetenz, Bildungs- und Gruppenprozesse gut eingeleitet und/oder begleitet werden können, vermittelt wird.

Schlussfolgerungen – Forderungen

Erinnerungskultur sollte nicht nur die Vermittlung von Geschichte, sondern auch eine Sensibilisierung auf Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie sowie alle weiteren Diskriminierungsformen in unserer (und durch unsere) Gesellschaft bedeuten. Jugendliche sollen einen neuen, differenzierten Zugang zur Gesellschaft erhalten. Der Schlüssel dazu ist Bildung, insbesondere die politische Bildung. Sie gibt Menschen das Werkzeug sich mit der Geschichte und gesellschaftlichen Themen kritisch auseinander zusetzen. So können eigene Lebensentwürfe kreiert, reflektiert und das eigene Leben selbst bestimmt und gestaltet werden. Daraus folgt, den Menschen ebenfalls die „Tools“ für Mitbestimmung und Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen zu vermitteln und ihnen eine Plattform für diese zu verschaffen. Dafür sind die Jugendverbandsarbeit wie auch andere Organisationen prädestiniert.

Jedoch stellt sich immer noch die Frage wie Geschichte vermittelt werden soll. Eine Möglichkeit stellt natürlich der viel beschworene Einsatz „neuer“ Medien, wie das Internet dar. Durch diese können auch eher „printfernere“ Kreise erreicht werden. Neben der Internetpräsenz von Gedenkstätten, Mahnmalen und Dokumentationszentren, bietet das Internet zum Beispiel auch die Möglichkeit sich Themen niedrigschwellig und informell zu erarbeiten. Doch nicht nur das Erarbeiten, auch das eigene Mitreden über historische Fakten

durch Blogs oder den verschiedensten sozialen Netzwerken macht das Internet für die politische Bildung interessant. Geschichte wird somit plastisch, greifbar und nachvollziehbarer. Auf diese Weise kann an den historischen Kontext angeknüpft werden, auch wenn uns Zeitzeugen nicht mehr allzu lange zur Verfügung stehen werden. So lange die Arbeit mit Zeitzeugen/-innen jedoch noch möglich ist, sollten politischen Bildner/-innen auch mit ihnen arbeiten. Gerade wo es um die Vermittlung von persönlichen Erfahrungen geht, ist der Kontakt zwischen Zeitzeug/-innen und zu Bildenden wichtig. Nur sie geben den vielen Geschichten, Erzählung und Erinnerungen im kollektiven Gedächtnis eine persönliche Note.

Am besten kann jedoch durch Verweise auf Einzelschicksale politisch gearbeitet werden. Dazu gehört unabdingbar die akribische Präsentation und Erhaltung sowie die fachkundige Kommentierung der authentischen Orte. Um auf diese Aufmerksamkeit zu machen, könnten zum Beispiel an jeder Schule, auf die Jüdinnen und Juden gingen, bevor sie diese verlassen mussten, Gedenktafeln angebracht werden. Schüler/-innen könnten so mit Hilfe politischer Bildner/-innen anhand der Separierung jüdischer Schüler/-innen im Nationalsozialismus an Ausgrenzungsprozessen in der heutigen Gesellschaft arbeiten und Handlungsmöglichkeiten verdeutlichen. Dies sind nur einige kurze Gedanken zur Vermittlung von Geschichte und sollen lediglich verdeutlichen, dass es viele Möglichkeiten der Geschichtsvermittlung und somit auch der Einflussnahme auf die deutsche Erinnerungskultur gibt.

Aber auch auf wissenschaftlicher Ebene müssen wir uns der Erinnerungskultur annehmen. Wir müssen uns verstärkt in

den wissenschaftlichen Diskurs einbringen, müssen Bücher veröffentlichen, Ausschüsse besetzen. Wir müssen uns genau überlegen, woran wir mitarbeiten und woran nicht. Denn nicht immer ist Erinnerungskultur drin, wo Erinnerungskultur drauf steht. ●

Literatur

Eschwege, Helmut/Kwiet, Konrad: Selbstbeachtung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1944, Hamburg 1984.

Eschwege, Helmut: Fremd ohne Meinesgleichen, Berlin 1991.

Harring, Marius/Palentien, Christian/Rohlf, Carsten: Perspektiven der Bildung – Eine Einleitung in die Thematik, in: Harring, Marius/Palentien, Christian/Rohlf, Carsten (Hg.): Perspektiver der Bildung. Kinder und Jugendliche in formellen, nicht-formellen und informellen Bildungsprozessen. Wiesbaden 2007.

Klose, Dagmar: Geschichtsunterricht in der Krise – ein gesamtdeutsches Problem. Krisensymptome in der DDR und der alten Bundesrepublik, in: LLF-Berichte 11 1995, S. 108-120. Zum Download unter: http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2005/514/pdf/KL_OSGESC.pdf.

Kwiet, Konrad: Historians of the German Democratic Republic on Antisemitism and Persecution, in: YLBI XXI 1976, S. 173-198.

Rauschenbach, Thomas/Düx, Wiebken/Sass, Erich: Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimensionen der Bildungsdebatte. Weinheim/München 2006.

Traverso, Enzo: Die Juden und Deutschland. Auschwitz und die „jüdisch-deutsche Symbiose“, Berlin 1993.

FOSSIL-ATOMARE ENERGIE RAUBT JUNGEN MENSCHEN IHRE ZUKUNFT – ÜBER DEN EINFLUSS VON EON, VATTENFALL UND CO AUF DIE GESUNDHEIT, LEBENSREALITÄT UND ZUKUNFT JUNGER MENSCHEN

Von Kai Niebert, Vorsitzender der Naturfreundejugend Deutschlands

Schwerpunkt

Die Deutschland-AG betreibt vielerorts eine Wirtschaftspolitik, die an Zukunfts- und Kinderfeindlichkeit kaum zu überbieten ist. Kürzungen im Solarbereich, gesetzeswidrige Baugenehmigungen für Kohlekraftwerke und Geschenke an die Atomindustrie zementieren Strukturen von gestern statt ein nachhaltiges Deutschland zu entwerfen. Dabei sind es besonders die heute jungen, oft noch nicht einmal wahlberechtigten Menschen, die unter dem Regieren auf Kosten der Zukunft leiden. Die fossil-atomare Energieversorgung

wird Kindern nicht nur eine schwere Zukunft bereiten. Sie tötet sie. Schon heute.

Der Klimawandel gefährdet Kinder in der Welt – und in Deutschland.

Das bisherige Nicht-Engagement fortschreibend, werden im Jahr 2100 zwischen 165.000 und 250.000 Kinder mehr sterben als in einer Welt ohne Klimawandel (WGBU 2007). Sicher, in erster Linie werden versiegende Trinkwasserquellen und Ernteeinbußen aufgrund von Dürreperi-

oden die Kinder in Bangladesh, der Sub-Sahara und Zentralafrika treffen.

Doch auch Kinder in Deutschland werden den Klimawandel direkt zu spüren bekommen. Studien zeigen, dass Migration die Konfliktwahrscheinlichkeit in den Transit- und Zielregionen der Wanderungsbewegungen zum Teil erheblich erhöhen kann. Dabei stellt Migration bereits heute eine unbewältigte Herausforderung für die nationale wie internationale Politik dar. An der Südgrenze der USA zu Mexiko werden die Grenzbefestigungen immer massiver, um den illegalen Zufluss von Arbeitsmigranten zu begrenzen. Die Hilflosigkeit der Europäischen Union, mit afrikanischen Flüchtlingen umzugehen und wirkungsvolle Instrumente zur Vermeidung von Migration zu entwickeln statt eine Armee zur Sicherung der Grenze aufzubauen, ist offensichtlich.

Flüchtlinge aus armen Ländern sind in den Industriestaaten politisch konfliktbeladene Themen. Die hitzigen Flüchtlingsdebatten der 1990er Jahre, die zu einer Verschärfung des Asylrechtes führten sowie zunehmende fremdenfeindliche Bewegungen und Parteien in Europa sind hierfür Beispiele.

Vieles spricht dafür, dass mit dem Klimawandel und den damit verbundenen gesellschaftlichen Folgen auch die Migration stark zunehmen wird. Die Zahl der betroffenen Menschen wird unweigerlich steigen und die Zahl der Brennpunkte auf der Erde zunehmen. Die Konfliktpotenziale sind groß: Im Völkerrecht sind „Klimaflüchtlinge“ bisher nicht vorgesehen, so dass durch Folgen des Klimawandels vertriebene Menschen rechtlos sind.

Die Industrieländer werden sich ihrer Verantwortung nach dem Verursacherprinzip zu stellen haben. Es ist bereits heute ab-

zusehen, dass der Streit in welchen Ländern Klimaflüchtlinge zukünftig aufgenommen werden müssen, zu politischen Spannungen führen wird. Migration könnte mit ungebremst steigenden globalen Temperaturen zu einem der großen Konfliktfelder der künftigen internationalen Politik werden.

Verbalattacken verschiedener – nicht nur rechtskonservativer – Mandatsträger, wie „Kinder statt Inder“ oder „Das Boot ist voll“ zeigen, wie die Debatte selbst bei einer moderaten Migration in Deutschland geführt wird. Wie aber werden Rüttgers, Koch und Kollegen erst reagieren, wenn ihre unterlassene Klimapolitik das Klima so weit anheizt, dass nicht dringend benötigte Facharbeiter, sondern mittellose Bangladeshis und Suahelis in Deutschland vor der Tür stehen, weil ihr Zuhause unbewohnbar geworden ist?

Ausbildung durch Klimaschutz

Diverse Studien zur Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland belegen: Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze – brutto wie netto. Um durchschnittlich 30 Prozent pro Jahr ist die Zahl der Mitarbeiter im Bereich der nachhaltigen Stromerzeugung zwischen 2004 und 2006 gewachsen, wie eine Unternehmensbefragung von Roland Berger ergab. Für die folgenden Jahre erwarten die Unternehmen eine Steigerung der Belegschaft um jährlich im Schnitt 22 Prozent (BMU 2009). Das Bundesumweltministerium ermittelte, dass 2007 schon fast 250.000 Menschen in der Branche der erneuerbaren Energie beschäftigt waren. Die Arbeitsplatzzuwächse im Bereich der Erneuerbaren Energien verliefen in den vergangenen Jahren so rasant, dass alle Schätzungen heute schon überholt sind: Die für 2010 erwarteten Arbeitplatzeffek-

te wurden bereits 2007 erreicht. Mit der Zahl der Arbeitsplätze wächst auch die Zahl der Ausbildungsplätze – und damit die Chance, jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu bieten.

Eine große Herausforderung entsteht jedoch durch die zunehmende Konkurrenz durch weniger entwickelte technologiestarke Länder. China beispielsweise hat bei der Solarzellenproduktion sprunghaft aufgeholt und ist 2007 zum weltweit größten Hersteller geworden. Deutschland wird auf dem Markt nur bestehen können, wenn es durch eine innovationsfreundliche Umwelt- und Klimaschutzpolitik seine Technologieführerschaft behält oder diese gewinnt. Nur dann werden deutsche Unternehmen – und damit auch Auszubildende in deutschen Betrieben – langfristig eine Chance auf dem internationalen Markt haben.

Gegenwärtig halten deutsche Unternehmen auf den grünen Zukunftsmärkten Weltmarktanteile zwischen 5 und 30 Prozent. Doch das droht zu kippen. Angetrieben von der klimafreundlich-grün redenden, aber leider kohlenstoff-schwarz handelnden Klimakanzlerin investieren viele Firmen mittlerweile lieber in ihre PR-Abteilungen statt in ihr Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und versuchen mit Greenwashing-Kampagnen ihr Kerngeschäft sauber zu waschen. Die Autokonzerne, allen voran BMW und Daimler haben 2008 massiv Lobbyarbeit gegen die von der EU geplanten CO²-Richtlinien gemacht, weil es die Unternehmen selbst nicht schaffen, diese Klimaziele einzuhalten. Ähnliches ist derzeit im Bausektor zu beobachten: nach wie vor lehnt die Bundesregierung zentrale Maßnahmen ab, die die Sanierung von ineffizienten Gebäuden voranbringen könnten. Sie will keine Ziele für den Ausbau von Niedrig- und Nullenergiehäusern im Ge-

bäudebestand, keine finanziellen Anreize und auch keine verbindliche Vorreiterrolle für den öffentlichen Sektor. Dabei könnte die deutsche Wirtschaft Marktführer bei grünen Technologien von mehr Energieeffizienz in den Nachbarländern besonders profitieren. Nur wenn Deutschland seine Rolle als Effizienzweltmeister behauptet, haben junge Menschen in Deutschland langfristig eine Chance auf Wohlstand und Arbeit.

Kinder werden schlechte Klimapolitik teuer bezahlen

Während sich Ältere um den Generationenvertrag sorgen, weil sie ihre Renten gefährdet sehen, stellen junge Menschen an ganz anderer Stelle die Frage nach der gerechten Verteilung von Lasten zwischen den Generationen: So sind es nicht nur Konflikte zwischen Verursacher- und Opferstaaten des Klimawandels, die auf den internationalen Klimakonferenzen um eine gerechte Klimapolitik streiten. Vielmehr sind es in Deutschland junge Menschen, die für ein generationengerechtes Deutschland streiten.

Der ehemalige Chefökonom der Weltbank Nicholas Stern und auch das Umweltbundesamt haben eindrucksvoll vorge-rechnet: Wir können entweder heute in Deutschland vier Milliarden Euro in eine grüne Zukunft investieren oder noch 50 Jahre abwarten und jährlich 100 Milliarden Euro zahlen, um asthmakranke Kinder, Hitzetote, höhere Deiche und massive Ernteaussfälle zu finanzieren (Stern 2006; Troge 2007).

Wir können uns also entscheiden: Entweder sind wir bereit, heute 50 Euro pro Bundesbürger im Jahr zu investieren – und dafür eine Rendite von rund 17 Prozent er-

wirtschaften, Marktführer in Erneuerbaren Energien und Effizienzweltmeister zu werden. Oder aber kommende Generationen zahlen 1.250 Euro jährlich um Schäden zu kompensieren – und nicht um Werte zu erwirtschaften. Die heute zu treffenden Entscheidungen werden somit große Auswirkungen nicht nur auf heutige, sondern auch auf zukünftige Generationen haben. Stellen wir die Weichen falsch, rennen wir dem Klimawandel hinterher. Betreiben wir Politik jedoch mit Mut und Vernunft, werden wir nicht nur den Klimawandel verhindern, sondern auch einen zukunftsfähigen Wohlstand erreichen.

Kohlekraftwerke töten Kinder

Kohlekraftwerke sind Dreckschleudern. Ihre Rauchwolken sind riesig. Und giftig sind sie obendrein: Sechs der zehn klimaschädlichsten Kraftwerke in der EU stehen in Deutschland. Doch neben der Klimaschädlichkeit haben Kohlekraftwerke eine direkt krankmachende, zum Teil tödliche Wirkung: Die Verbrennung fossilen Kohlenstoffs ist eine der Hauptquellen von Feinstaub in der Atmosphäre. Die Luftverschmutzung gehört mit einer jährlichen Todesrate von 700.000 Menschen zu den zehn weltweit häufigsten Todesursachen. – Eine Zahl, die nach Schätzungen der WHO bis zum Jahr 2020 auf acht Millionen ansteigen soll. Jedes Jahr sterben weltweit 460.000 Menschen allein infolge der Feinstaubbelastung.

In Deutschland führt die Feinstaubbelastung insbesondere zu einer Zunahme von Asthmaerkrankungen: Luftschadstoffe sind ein wichtiger Faktor für die Entstehung und das Auslösen des Asthmaanfalls, besonders bei Kindern. Zwar hat die Luftreinhaltungspolitik der letzten Jahrzehnte

Fortschritte gebracht und konnte akute Erkrankungen eindämmen. Ein signifikanter Teil der chronischen Atemwegserkrankungen wie Asthma und Bronchitis ist jedoch auf über lange Zeit wirkende, niedrige Dosen mit verschmutzter Luft zurückzuführen, wie sie Kinder erleben, die in Industriezentren aufwachsen. UNICEF schätzt, dass die Anzahl Todesfälle aufgrund von Asthma, der häufigsten chronischen Kinderkrankheit, ohne Gegenmaßnahmen bis ins Jahr 2016 um nahezu 20 Prozent steigen wird (UNICEF 2009).

Atomkraftwerke töten Kinder

Um die Atomkraft in die Verlängerung zu bringen, werden landauf, landab von Vertretern der Atomlobby und schwarz-gelben Regierungen Vorzüge und Sicherheit deutscher Atommeiler gepredigt.

Wie es um die Sicherheit deutscher Atomkraftwerke wirklich steht, erfährt man auf den Leukämiestationen der deutschen Kinderkrebszentren: Je dichter ein Kind an einem Atomkraftwerk wohnt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit an Leukämie zu erkranken, wie eine Studie des Kinderkrebsregisters 2007 ergab (Kaatsch et al. 2007). Auch wenn im Moment noch Unklarheit über die Ursachen besteht, ist der Zusammenhang bewiesen. Und er hat schon unzählige Kinder das Leben gekostet.

Doch mehr: Alle heute noch laufenden Atomkraftwerke sind sicherheitstechnisch veraltet. Sie würden keine Betriebsgenehmigung mehr erhalten, denn ihre mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen erfüllen nicht die gesetzlichen Vorschriften. Fast alle deutschen Atomkraftwerke weisen mit ihrem Stahlmantel einen gefährlichen Konstruktionsfehler auf: Bei einem Atomunfall platzt der Mantel vergleichsweise leicht

auf, sodass die tödlichen Strahlenpartikel in die Umwelt gelangen können. Heute weiß man, dass der Mantel aus Beton oder Stahlbeton sein müsste. Bei einem internationalen Vergleich der OECD von 1997 schnitten deutsche Atomkraftwerke hinsichtlich der Kernschmelz-Festigkeit daher am schlechtesten ab (OECD 1997).

Die Angst von Kindern vor Atomkraftwerken ist somit keine Kinderphantasie, sondern kann ihnen das Leben retten. Und uns vielleicht auch – wenn wir die Forderungen und Bedürfnisse von Kindern berücksichtigen und den Atomausstieg sofort vollziehen, statt ihn auf den Nimmerleinstag zu verschieben.

Kinder haben eine heiße Zukunft

Der Hitzesommer 2003 hat in ganz Europa zu etwa 35.000 Toten geführt. Häufige Todesursachen sind Herzkreislaufversagen, Atemwegsprobleme, Hitzeschlag und drastischer Flüssigkeitsmangel. Neben alten Menschen starben vor allem Kleinkinder, da beide Gruppen entweder noch nicht oder nicht mehr in der Lage sind, derartige Extrembelastungen zu kompensieren. Neben dem Extremfall eines tödlichen Ausgangs von großer Hitze gibt es eine Vielzahl nicht tödlicher Gesundheitseffekte. Schätzungen zufolge ergeben sich für Deutschland jährlich etwa 500 Millionen Euro zusätzliche Kosten allein durch Krankenhauseinweisungen, wenn der Klimawandel Wirklichkeit wird.

Eine Politik, die in erster Linie den Stromkonzernen statt den Menschen in diesem Lande dient, wird den Klimawandel Realität werden lassen. Damit werden Hitzesommer zur Normalität. Und zwar schneller als uns lieb sein wird: Eine Studie des WWF geht davon aus, dass sich die

Zahl der hitzebedingten Todesfälle von heute 4.500 bis zum Jahr 2100 auf 16.600 Fälle ansteigen wird (WWF 2007). Dabei sollte man sich bewusst machen, dass diese Menschen umsonst sterben: Wir könnten den Klimawandel verhindern. Wenn wir wollten.

Die aufgezeigten Beispiele belegen, dass die Zukunftsperspektiven junger Menschen bei einer nicht nachhaltigen Wirtschafts- und Energiepolitik düster sind. Eine auf die Konservierung überholter Wirtschaftsstrukturen ausgerichtete Politik raubt jungen Menschen die Aussicht auf ein gesundes Aufwachsen und sicheren Zukunfts- und Ausbildungsperspektiven. Dabei sind insbesondere in Armut lebende Kinder betroffen, wie Studien des Umweltbundesamtes zeigen. Eine nachhaltige Wirtschafts- und Energiepolitik ist somit nicht nur ökonomisch vernünftig und ökologisch sinnvoll, sondern auch sozial gerecht.

Eine soziale Demokratie muss die Bedürfnisse junger Menschen ernst nehmen, ihre Gesundheit schützen und ihnen eine Zukunftsperspektive bieten. Das bedeutet: Atomkraft schaffen. Kohle abschalten. Erneuerbare ausbauen. Für sie. Für uns. Für unsere Zukunft. ●

Bibliografie

BMU (2009): Umweltwirtschaftsbericht 2009. Berlin.

Kaatsch, P., Spix, C., Schmiedel, S., Schulze-Rath, R., Mergenthaler, A. & Blettner, M. (2007): Epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie). Salzgitter: BfS.

OECD (1997): Level 2 PSA methodology and severe accident management. Prepared by the CNRA Working Group on Inspection Practices (WGIP) (Vol. 97.198). Paris: OECD.

Stern, N. (2006): The Economics of Climate Change: The Stern Review. Cambridge Cambridge University Press.

Troge, A. (2007, 08.04.2007): Klimaschutz kostet Deutschland vier Milliarden Euro jährlich. Der Spiegel.

UNICEF (2009): Klimawandel und Kinder. Zürich: UNICEF.

WGBU (2007): Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin: Springer.

WWF (2007): Kosten des Klimawandels – Die Wirkung steigender Temperaturen auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Frankfurt am Main: WWF.

JUGENDWERK DER AWO: GEMEINSAM FÜR DAS GUTE UND SCHÖNE LEBEN!

Von **Katrin Riedel**, Bundesjugendwerk der AWO

Schwerpunkt

Ziele und Aufgaben

Das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt ist der eigenständige Kinder- und Jugendverband der AWO und Teil der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung. Wir organisieren uns über demokratische Entscheidungsstrukturen von unten nach oben. Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit und professionelle Arbeit sind die Säulen unserer Tätigkeit. Als Kind der AWO und damit auch der ArbeiterInnenbewegung bekennen wir uns zu den Grundsätzen des Demokratischen Sozialismus und den Werten unserer Tradition: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Welche Ziele und Aufgaben ergeben sich für uns daraus?

Unsere Aufgabe verstehen wir als pädagogische und politische. In unserem Verband machen wir uns dafür stark, dass Kinder und Jugendliche ein gemeinschaftliches und solidarisches Miteinander kennen lernen. Wir vermitteln, wie demokratische Entscheidungsprozesse möglich sind und

welche Vorteile sie im Vergleich zur Fremdbestimmung bieten. Wir versuchen, gemeinsam ein Gespür für Ungerechtigkeiten innerhalb der Gesellschaft zu entwickeln und jeden darin zu bestärken, die eigenen Interessen zu vertreten und sich einzumischen. In Form von Ferienfahrten, Seminaren, Gruppenarbeit, Jugendclubs, politischen Kampagnen oder Schulkooperationen treten wir von Orts- bis Bundesebene in den pädagogischen und politischen Dialog.

Junge Menschen brauchen zudem politische Rahmenbedingungen, die ihnen Partizipation ermöglichen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen. Als Interessensvertretung macht das Jugendwerk die Lebenslagen, Interessen und Rechte von jungen Menschen sichtbar und bringt sie als Forderungen in politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse ein. Gegen die zunehmenden Ökonomisierung und Vereinzelung in dieser Gesellschaft setzen wir Emanzipation und Solidarität.

Junge Menschen sind heute vielfach mit Unsicherheiten und mangelndem Selbstvertrauen konfrontiert. Woher das kommt, liegt auf der Hand: Familien bieten oft keinen „sicheren, sozialen Hafen“, in der Schule herrscht Zeit- und Leistungsdruck, für das Berufsleben sind Flexibilität und Mobilität gefordert. Die Ausrichtung auf Qualifizierung und Lohnarbeit wird höher angesiedelt als individuell zufriedenstellende Lebensentwürfe und Glück. Die mediale Durchdringung des Alltags eröffnet Jugendlichen zwar einerseits viele Erfahrungs-, Unterhaltungs- und Lernmöglichkeiten, andererseits sind sie aber auch gefordert (und häufig überfordert), Informationen zu bewerten und einzuordnen. Dazu kommt, dass Kinder und Jugendliche heute in einer Welt aufwachsen, die durch Globalisierungsprozesse geprägt ist. Das eigene Handeln steht in Zusammenhang mit kaum überschaubaren Konsequenzen weltweit.

Die Möglichkeitsspanne, die sich Kindern und Jugendlichen für ihre Lebensgestaltung bieten, beinhalten einerseits viele Chancen für Lernprozesse, bergen jedoch andererseits viele Risiken und Konfliktpotentiale. Als Jugendwerk der AWO wollen wir Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, zu lernen mit Unsicherheiten umgehen und Herausforderungen zu bewältigen. Wir treten in diesem Zusammenhang für eine Gesellschaft ein, die Bedürfnis statt Leistungsgerechtigkeit in den Vordergrund stellt. Das bedeutet, dass jeder Mensch nach seinen individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten optimal versorgt, von Armut befreit und nach eigenen Interessen gefördert wird.

Die Vielfalt an Bildungsmöglichkeiten oder Chancen zur Lebensplanung und Zukunftsgestaltung stehen nicht allen jungen Menschen gleichermaßen offen. Von Benachteiligungen betroffen sind vor allem die erhebliche Anzahl von Kindern, die in Armut leben – insbesondere Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund oder von Alleinerziehenden. Das Jugendwerk der AWO beschäftigt sich seit seinem Bestehen mit Fragen sozialer Gerechtigkeit und hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Thema (Kinder-)Armut auseinandergesetzt. Mit ganz praktischen Überlegungen fängt es an: „Wie erreichen wir finanziell schlechter ausgestattete Kinder und Jugendliche mit unseren Angeboten und wie schaffen wir es, dass unsere Freizeiten oder Seminare offen und barrierefrei sind – unabhängig von Bildungsständen oder materieller Ausstattung?“. Wir sind uns bewusst darüber, dass diese Überlegungen ohne eine Veränderung der sozial- und bildungspolitischen Grundausrichtung nicht zu unserem Ziel, der Überwindung von Armut, führen. Deshalb engagieren sich viele Jugendwerks-Gliederungen und das Bundesjugendwerk in politischen Gremien und Netzwerken für ein soziales System, das auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet und weder ausgrenzend noch diskriminierend ist.

In dem Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) sieht das Jugendwerk der AWO die bisher sinnvollste Möglichkeit, Menschen die Freiheit zu geben, selbstbestimmt und solidarisch zu handeln. Das BGE gäbe ihnen die nötige Sicherheit, eigene Pläne und Lebensentwürfe zu verwirklichen, ohne zu einer Lohnarbeit gezwungen zu sein, die ihnen

widerstrebt. An ein BGE haben wir konkrete Forderungen, auf die wir in unserem Sozialpolitischen Konzept¹ näher eingehen. Natürlich müsste es außerdem von sinnvollen bildungs- und sozialpolitischen Maßnahmen flankiert werden und kann nicht für sich alleine stehen.

Bildungsarbeit

In unserer Bildungsarbeit setzen wir unsere gesellschaftlichen Vorstellungen um. In einem dialogischen Prozess anstatt in hierarchischen Verhältnissen fördern wir die kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Das pädagogische Leitbild unseres Verbandes ist ein „Verein freier Menschen, die voneinander lernen“. Ein wichtiger Vordenker unsere Arbeit und unseres pädagogisches Konzepts² ist Paulo Freire. Nach Freire entwickeln Menschen nur über den hierarchiefreien Dialog die Kraft, kritisch die Welt, in der sie existieren, zu begreifen. Sie lernen die Welt nicht als statische Wirklichkeit kennen, sondern als eine Wirklichkeit im Prozess, in der Wandlung möglich ist. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist nie ohne konkrete Forderungen, Gemeinschaft, Selbstbewusstsein und aktives Engagement möglich. Reflexion und Aktion wird somit gleichermaßen zum Ziel der dialogischen Bildungsarbeit.

Arbeiterjugend – wo kommen wir her und wo wollen wir hin?

Auf dem Kongress „Links 2010 – Veränderung durch Bewegung“ in Berlin luden die Jusos befreundete Arbeiterjugend-Verbände zu einem Podiumsgespräch ein – neben dem Bundesjugendwerk der AWO auch

die Naturfreundejugend, SJD – Die Falken und die Gewerkschaftsjugend der IG BCE. Hier wurde überlegt, welche gemeinsamen Ziele und Werte uns verbinden und wo es Anknüpfungspunkte für eine mögliche Zusammenarbeit gibt. Diesen Austausch sollten wir aus unserer Sicht unbedingt weiter verfolgen und uns unsere unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten zunutze machen. Gemeinsam für das gute und schöne Leben! ●

1 siehe auch: Beschluss der Bundeskonferenz der AWO, 3./4. Mai 2008 in Berlin: Wohlstand, Baby! Vom guten und schönen Leben! Sozialpolitisches Konzept des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt.

2 Bundesjugendwerk der AWO (Hrsg.): Das Leben ist unser! Pädagogis

GEMEINSAM MEHR – VERÄNDERUNG DURCH BEWEGUNG

Von Jürgen Schutte, attac Berlin

Schwerpunkt

Redebeitrag auf dem Juso-Kongress
am 21.3.2010

Ich spreche für die Gruppe „Argumente“
von attac Berlin und für eine Gruppe, die
sich „PPP-Irrweg-Kampagne“ nennt.

Diese Kampagne vereint Menschen aus
verschiedenen Städten der Bundesrepublik
und aus unterschiedlichen Initiativen, die
sich die Aufgabe stellen, die Politik der Pri-
vatisierung gesellschaftlich gründlich zu
diskreditieren und einen Schutzschirm für
die von ihr betroffenen Kommunen zu er-
richten.

PPP heißt Public Private Partnership und
meint eine bestimmte, gerade noch im Auf-
wind befindliche Form der Privatisierung.
Ich erläutere das anhand einiger Thesen:

1. Wir sind seit einigen Jahren Zeugen eines
gesamtgesellschaftlichen Privatisie-
rungsprozesses: Die Regierungen geben
die öffentliche Verantwortung für die
Daseinsvorsorge an private Unterneh-
men oder Stiftungen ab.

2. Alle staatlichen und kommunalen Be-
triebe und alle öffentlichen Dienstleis-
tungen, aus denen sich Profit schlagen
lässt, befinden sich im Zielbereich des
Privatisierungskapitals: Telekommuni-
kation und Transportwesen, Verwaltung
und Bildung, Bahn und Justizvollzug,
Gesundheit und soziale Sicherung,
Energie, Wasser, Abfallentsorgung und
andere. Wie man in den USA bereits
beobachten kann, macht die Privatisie-
rung auch vor hoheitlichen Aufgaben
im engeren Sinne und vor dem Bereich
der öffentlichen Sicherheit – Polizei
und Militär – nicht halt.
3. Durch die Politik der Privatisierung
werden die im neunzehnten und zwanzig-
sten Jahrhundert vor allem durch die
Arbeiterbewegung erkämpften Einrich-
tungen der Daseinsvorsorge, meist ge-
gen den erkennbaren Willen der Bevöl-
kerung, dem Profitinteresse privater
Unternehmen ausgeliefert. Dieser Vor-
gang muss als eine entschädigungslose

Enteignung erkannt und beschrieben werden.

4. Enteignet werden die Bürgerinnen und Bürger gleich doppelt: Ökonomisch, indem die mit ihren Steuern und Versicherungsbeiträgen geschaffenen öffentlichen Institutionen, und das heißt: ihr Anteil am gesellschaftlichen Eigentum, verscherbelt wird. Politisch, indem die noch vorhandenen Spielräume und Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung erheblich beschnitten oder ganz abgeschafft werden.
5. Hauptansatzpunkt der Privatisierungspolitik ist die selbstverschuldete, systematische Verarmung des Staates und die daraus folgende Austrocknung der öffentlichen Institutionen. Diesen strategischen Zusammenhang markiert eine Äußerung von Jürgen Thumann vom Bundesverband der Deutschen Industrie: „Der Wettbewerb unter den privaten Anbietern führt dort zu schnellen und effizienten Lösungen, wo die öffentliche Hand heute nur noch bedingt handlungsfähig ist.“
6. Die Finanzknappheit des Staates, die zur Begründung der Privatisierungspolitik herhalten muss, ist nicht vom Himmel gefallen. Die sogenannten Milliardenlöcher sind selbstgemacht. Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche ruinieren den Staatshaushalt. Lohnkürzungen und Sozialabbau verursachen Steuerausfälle; sie dezimieren die Einnahmen der Sozialversicherungen und der Gesetzlichen Krankenkassen. Opfer dieser Politik sind vor allem die Lohnabhängigen, deren Arbeitsmöglichkeiten, Realeinkommen und soziale Sicherheit in den letzten Jahren kontinuierlich abgebaut wurden. Ebenso katastrophal sind die Folgen für die Kom-

munen und die Länder, in deren Zuständigkeit die meisten Institutionen der Daseinsvorsorge fallen.

7. Die gegenwärtig vielfach propagierte Public Private Partnership (PPP) – zu deutsch: Öffentlich-private Partnerschaft ist – eine Rechtsform für die Privatisierung von öffentlichen Institutionen oder Dienstleistungen über lange Zeiträume und unter Einbeziehung der Öffentlichen Hand. PPP ist gefährlicher als die Privatisierung: sie umrankt den Verkauf des öffentlichen Eigentums mit dem Ansehen der „Partnerschaft“ und mit dem Versprechen, die Kommune behalte die Kontrolle. Man wird sich jedoch nicht darüber täuschen lassen, dass der Investor sich die seinem finanziellen Aufwand entsprechende Gestaltungsfreiheit vertraglich zusichern lässt. Das kann die Arbeitsverhältnisse, die Höhe der Infrastruktur-Investitionen, aber auch die Entscheidung über Preise und Gebühren, Zugänglichkeit und anderes mehr betreffen. Es muss dem Unternehmen darauf ankommen, dass alle Vereinbarungen seinen Gewinnerwartungen günstig sind. Nicht zuletzt deshalb sind die Verträge solcher Public-Private-Partnerships bisher allesamt so geheim, dass nicht einmal die Parlamentarier sie kennen, die über sie beschließen. Im übrigen wird nach 25 oder 30 Jahren die Kommunen gar nicht mehr die Kompetenzen haben, um die Institution wieder in eigene Regie zu übernehmen.

(Aus den „Thesen über Privatisierung“ der AG Argumente, attac Berlin; vgl. <http://attacberlin.de/ags/argumente/thesen-ueber-privatisierung>)

Die „PPP-Irrweg-Kampagne“, für die ich spreche, kommt erst langsam – für unser Gefühl viel zu langsam – in Gang.

Ihr Ausgangspunkt waren die Gruppe „Argumente“ von attac Berlin und die Kampagne „Bahn für alle“. Angesichts einer sehr gut aufgestellten Lobby, die mit massiver Unterstützung der Regierungen von Bund und Ländern Stimmung macht für PPP, haben wir eine Kampagne entworfen, um diesem gefährlichen Unsinn etwas entgegenzustellen. Wir haben im Oktober 2009 in Kassel ein erstes und im Februar dieses Jahres in Braunschweig ein zweites Bundestreffen gehabt, um über das gemeinsame Vorgehen zu beraten.

Bei diesem zweiten bundesweiten Treffen waren immerhin schon gut vierzig Leute aus verschiedenen Städten versammelt:

Verschiedene Antiprivatisierungsinitiativen, mehrere Gruppen von Wasser in Bürgerhand, die Bürgerinitiativen von Mülheim, Leipzig – das nach bösen Erfahrungen zu einer PPP-freien Zone geworden ist, Stuttgart, wo der Widerstand gegen ein wahrhaft wahnsinniges Bahnhofprojekt im Gang ist, und mehrere andere Initiativen. Hier in Berlin sind wir unter anderem mit dem Berliner Wassertisch vernetzt, der seinerseits mit der grünen Liga das Volksbegehren gegen die Geheimverträge zu den Berliner Wasserwerken voranbringt.

Außerdem gibt es in Berlin seit Anfang des Jahres einen Arbeitskreis PPP-Irrweg, in dem wir mit Kollegen aus den Gewerkschaften und einigen anderen Organisationen, unter anderen auch Jusos zusammenkommen. Das aktuelle Thema dieses Kreises ist das S-Bahn-Chaos, ebenfalls eine unausweichliche Folge von Privatisierungspolitik.

Zum aktuellen Stand unserer Kampagne will ich noch ein paar Sätze sagen:

Der Schwerpunkt und die zentrale Lösung für die gegenwärtige Phase ist:

„Keine Geheimhaltung – Für Offenlegung aller Verträge.“

Was diese Stoßrichtung unserer Arbeit bedeutet, will ich am Beispiel der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe veranschaulichen.

Wir setzen uns ein für die Veröffentlichung der Verträge, die der Berliner Senat der großen Koalition 1999 über den Verkauf der Berliner Wasserbetriebe mit den beiden Konzernen Veolia und RWE geschlossen hat.

Geheimhaltung als Schutz vor Sittenwidrigkeit – Die Berliner Wasserbetriebe – ein krummer Deal

Mit einem Konsortialvertrag vom 14.6.1999 wurden die Berliner Wasserbetriebe, das größte öffentliche Unternehmen dieser Art zu 49% für dreißig Jahre an die beiden Konzerne Veolia (damals Vivendi) und RWE verkauft. Finanzsenatorin Annette Fugmann-Hesing (SPD) begründete diese Übereignung eines öffentlichen Betriebs an das Gewinninteresse von Privaten mit deren Fähigkeit, die Dienstleitung besser und billiger zu liefern. Seither stiegen (und steigen) die Wasserpreise in Berlin; sie gehören heute zu den höchsten in Deutschland.

Der eigentliche Skandal ist jedoch die nähere Ausgestaltung dieses Handels: Gegen das Risiko, das nach den Beteuerungen der PPP-Lobby immer optimal verteilt sein soll, sieht der Vertrag eine Renditegarantie in Höhe der Verzinsung zehnjähriger Bundesanleihen plus 2% vor – damit war ein Gewinn zwischen 6 und 9% für drei Jahrzehnte gesichert. Nachdem das Berliner Verfassungsgericht die vereinbarten 2% für verfassungswidrig erklärt hatte, erfand der Senat von Berlin – nun vertreten durch den Wirtschaftsminister Harald Wolf (Die Linke) – eine „Nachteilsausgleichsklausel“. Mit deren Hilfe konnten die Gewinne der Privaten dank einer günstigen Abschreibungs- methode garantiert werden. Diese werden ebenfalls sehr ungleich verteilt: Bei ungefähr gleichen Anteilen am Betriebsvermögen kassierten die beiden Konzerne in den Jahren 1999 bis 2007 stolze 949 Millionen (69%), die öffentliche Hand 423

Millionen (31%) Gewinn. Gegen die Zweifel, die bei derart der Mafia ähnlichen Verhältnissen aufkommen könnten, sichert sich die Landesregierung durch Lippenbekenntnisse zur Rekommunalisierung der Wasserbetriebe ab.

Das vom Berliner Wassertisch, zusammen mit anderen Initiativen und der Grünen Liga durchgeführte Volksbegehren für die Offenlegung der Geheimverträge wurde vom Berliner Senat am 18.3.2008 abgelehnt. Begründet wurde das mit der Wahrung des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses der privaten Partner. Dieser Regierungsbeschluss wurde im Oktober 2008 durch das Berliner Verfassungsgericht aufgehoben. Dadurch wurde der Weg frei für die Durchführung des Volksbegehrens für die Offenlegung der Geheimverträge von Juli bis Oktober dieses Jahres.

Wir fordern mit dem Berliner Wasser-
tisch: „Schluss mit Geheimverträgen – Wir
Berliner wollen unser Wasser zurück!“ Un-
sere Wasserbetriebe gehören zurück und in
Bürgerhand – unter demokratische Kon-
trolle!

Das Volksbegehren startet im Juli 2010.
Erforderlich sind 170.000 Unterschriften
in 4 Monaten! Das bedeutet: Jede Person
hier im Saal muss 350 Unterschriften von
Berliner Wahlberechtigten sammeln! Stel-
len Sie sich das vor – und Sie wissen, wel-
che riesige Aufgabe vor uns liegt. Und wie
viele Hände und Köpfe wir für deren Erle-
digung wir noch brauchen. ●

Weitere Informationen:

.....
<http://www.ppp-irrweg.de>

